

Verfassungsschutz Journal

6. Jahrgang/2001



Demokratie: Aufbruch – Ankunft – Zukunft



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Innenministerium

eingeleitet:
Extremismusbericht 2000

Als das Leitthema für die Ausgabe 2001 des Verfassungsschutz-Journals festgelegt wurde, da war ein so erschütternder Terroranschlag wie der vom 11. September, letztlich unreal in der Dimension und der Folgewirkung, selbst für Geheimdienstler höchstens ein theoretisches Denkmuster.

Der Weg, den die deutsche Demokratie bis zum Jahr 2001 genommen hat, wird in diesem Heft von Professor Nikolaus Werz als ein historischer Lernprozess beschrieben, die Demokratie ein „offenes Verfahren“ genannt. Die Verbindung von Erlerntem mit der Möglichkeit, nicht nach starren, dogmatischen Vorgaben agieren zu müssen, sich Lösungswege (natürlich im Rahmen der Werte- und Rechtsordnung) offen halten zu können, das macht die Demokratie gerade in Krisenzeiten widerstands- und überlebensfähig.

Das Leitthema „Aufbruch-Ankunft-Zukunft“ trifft insoweit den Kern vieler gegenwärtiger Diskussionen, die immer in Fällen von innerer oder äußerer Bedrohung nach „systematischer“ Bewältigung von Krisen suchen.

Niemand weiß derzeit wirklich ganz genau, wie Fanatikern, die sowohl vor der massenhaften Vernichtung von Menschenleben, als auch vor ihrer Selbsttötung nicht zurück schrecken, vorbeugend begegnet werden kann. Fest steht aber, dass eine (flexible) Reaktion auf diese Herausforderung der freien Gesellschaften zumindest zeitweise auch Einschränkungen der persönlichen Freiräume mit sich bringen wird.

In unserem Verfassungsschutz-Journal 1999 mit dem Leitthema „Freiheit + Sicherheit = kein Gegensatz“ hatte Bundesinnenminister Otto Schily davon gesprochen, dass es ein „übergeordnetes Kriterium der Inneren Sicherheit“ sei, die „Voraussetzungen für die Wahrung der Grundrechte zu erhalten“. In diesem Rahmen – so heißt es in dem Beitrag weiter – „dient die Politik aber auch der Gewährleistung der individuellen Grundrechte“. Eingriffe in die Rechtssphären der Bürgerinnen und Bürger sind daher immer auf das Maß des wirklich Erforderlichen zu beschränken.

Die wehrhafte, die abwehrbereite Demokratie ist in dieser Zeit ganz besonders gefordert und eine Prämisse des Schutzes und der Sicherheit der Bevölkerung in Freiheit setzt gleichermaßen ein robustes Sicherheitskonzept und Augenmaß bei der Anwendung seiner Mittel voraus. In der Demokratie mit all ihren permanenten Kontrollmechanismen ist diese schwierige Balance zu halten.

Ihre Redaktion

Intern – Anmerkungen der Redaktion	2
Vorbemerkung – Innenminister Dr. Gottfried Timm	3
Das Thema: Demokratie: Aufbruch – Ankunft – Zukunft	4
Die deutsche Demokratie – ein historischer Lernprozess Prof. Dr. Nikolaus Werz	4
Seelische Demokratisierung Dr. Hans-Joachim Maaz	7
VS-Lexikon (Buchstaben K-N)	8/9
V. Schützer hat das Wort: Gedanken zum Leitthema	9
Aus den Fachbereichen	10
Rechtsextremismus – Rechtsradikalismus Einige Hinweise zum Umgang mit betroffenen Jugendlichen Frau Prof. Dr. Gudrun-Anne Eckerle	10
Das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht Verfahrensdarstellung	16
Das Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Heinz Fromm, Präsident des BfV	17
Ein Blick über die „Grenzen“ Rechtsextremismus in Schweden Torbjörn Ekblom, Leiter polizeiliche Nachrichtenbeschaffung, Schweden	19
Aktuelles: Der Islam	22
Interview mit Jürgen Schlicher; Projektleiter des antirassistischen Trainingsprogramms „blue eyed“	26
Info-Box: Relativitätstheorie – einmal ganz anders	28
Halbzeit – Diskussionsrunde einer Gruppe von 24-Jährigen mit spontanen Gedanken zum Fall der Mauer vor 12 Jahren	29
Info-Box Publikationsliste der Verfassungsschutzbehörde M-V	34
Buchbesprechung „Instruktives über das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland“ – Ulrich von Alemann	34



Liebe Leserinnen und Leser,

jeder wird das verteidigen, was er als schützenswert begreift. Das gilt auch für die Demokratie. Deshalb müssen wir uns immer wieder mit den demokratischen Grundwerten beschäftigen, ihre Vorteile erläutern und damit den Gegnern der Demokratie das Wasser abgraben. Vor allem die behauptete „Volksnähe“ von rechtsextremistischen Demagogen – die mit ihren simplen Parolen vor allem Kinder und Jugendliche beeindrucken – darf nicht unwidersprochen bleiben.

Was macht den Vorteil der Demokratie aus? Sie basiert auf gleichem Recht für alle, auf Konfliktlösungen ohne Gewalt und auf humanen Umgangsformen. Die Grundwerte – hier vor allem die Menschenwürde – sind der unabänderliche Rahmen der Demokratie und dürfen nie in Frage gestellt werden.

Das war und ist aber keinesfalls selbstverständlich. Es war ein langer und steiniger Weg, bis die demokratische Gesellschaftsform sich in Deutschland durchsetzte. In den beiden vergangenen Jahrhunderten wurden viele Kämpfe dafür ausgefochten. Der jüngste „Aufbruch“ sorgte erst Ende der Acht-

ziger Jahre dafür, dass die große Mehrheit der Deutschen nun endlich in der demokratischen Gesellschaft ankommen konnte. Damit ist die Demokratie aber nicht vollendet. Das wird sie nie sein – und genau darin liegt ihre Stärke!

Demokratie: Aufbruch – Ankunft – Zukunft ist deshalb der Leitgedanke dieses Verfassungsschutz-Journals. Zum Thema kommen Wissenschaftler zu Wort, die den Weg in die Demokratie beschreiben und zugleich die Gefahren benennen, die durch Unkenntnis, Gleichgültigkeit und Ablehnung entstehen. Die Beiträge in diesem Heft beleuchten historische, psychologische und soziologische Aspekte der demokratischen Entwicklung und sollen zugleich Diskussionen darüber anregen. Der Diskurs gehört ja zu einer lebendigen Demokratie, die eben nicht starr auf den einmal getroffenen Regelungen beharrt. Sie wird von allen aktiven Bürgern konstruktiv mitgestaltet und verändert sich dadurch. Der demokratische Staat bleibt flexibel, weil er ständig neue und jeweils angemessene Lösungen für bestehende und zu erwartende Probleme entwickelt.

Deshalb wird sich die Demokratie gerade jetzt als stark und zukunftsfähig beweisen. In einer Zeit, die viele Mitbürgerinnen und Mitbürger als bedrohlich empfinden, in der der allgemeine Wunsch nach Frieden und Freizügigkeit aber auch das Recht auf Sicherheit gleichermaßen zu beachten sind, kann mit starren Reaktionsmustern kein Erfolg erzielt werden. Die Parlamente in Bund und Land sind keinesfalls „Quatschbuden“, sondern dort werden eben diese fundamentalen Gesellschaftsprobleme angemessen und zielbewusst diskutiert. Dort zeigt sich bei den tatsächlich wesentlichen Fragen große Geschlossenheit. Und der Staat reagiert auf eine Weise, die den größtmöglichen Schutz der Bevölkerung in Freiheit gewährleistet.

Die Leistungsfähigkeit der Demokratie wird sich auch – und gerade – bewähren, wenn Terroristen, deren Sympathisanten und politische Extremisten vorsätzlich Angst und Schrecken verbreiten.

Ich fordere dazu auf und lade dazu ein, diese theoretischen Anregungen in die Tat umzusetzen. Nicht mit rückwärtsgewandtem Protest, sondern mit zukunftsorientierten Aktivitäten für die Gemeinschaft lassen sich die Herausforderungen des beginnenden neuen Jahrtausends meistern.

Dr. Gottfried Timm
Innenminister des Landes
Mecklenburg-Vorpommern

Zum Leitthema „Demokratie“ sind schon zahlreiche Publikationen erschienen, wobei die Demokratie jeweils aus den verschiedensten Blickwinkeln betrachtet wird. Hier und jetzt soll es speziell um die Entwicklung der Demokratie in Deutschland gehen. Wir konnten Professor Dr. Nikolaus Werz von der Universität Rostock dafür gewinnen, einen **historischen Überblick** zum Thema zu geben. Ausgehend von den „drei Wellen“ der weltweiten Demokratisierung wird der lange Weg Deutschlands bis zur (gefestigten) Demokratie skizziert.

Die Deutsche Demokratie – ein historischer Lernprozess

Nach den friedlichen Revolutionen in Osteuropa und dem Fall der Mauer 1989 befand sich die Idee der Demokratie weltweit im Aufschwung. Von einer dritten Welle der Demokratisierung war die Rede, wobei die erste Welle mit der amerikanischen und französischen Revolution vor mehr als 200 Jahren einsetzte und einen Höhepunkt in dem von US-Präsident Woodrow Wilson nach dem Ersten Weltkrieg verbreiteten Demokratieoptimismus erreichte. Die zweite Welle startete nach dem Zweiten Weltkrieg, den die Alliierten als Kampf gegen den Faschismus und mit dem Ziel geführt hatten, die Demokratie in der Welt zu sichern. Nach 1945 begann darüber hinaus die Epoche der Dekolonisation, der eine Verdoppelung der Zahl unabhängiger Staaten brachte. Die dritte Welle nahm ihren Lauf nicht erst mit dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa im Epochenjahr 1989, sondern bereits mit dem Übergang von der Diktatur zur Demokratie in Spanien und Portugal Mitte der 1970er Jahre sowie einem in den 1980er Jahren einsetzenden Demokratisierungsprozess in Lateinamerika. Bis 1995 stieg die Zahl der Länder, in denen die Regierung aus freien Wahlen hervorging, auf 117 an; zum ersten Mal in der Geschichte konnte die Mehrheit der Staaten als demokratisch oder zumindest teilweise demokratisch eingeschätzt werden.



Zum Person:

Nikolaus Werz, geb. 1952 in Bonn, Studium, Promotion und Habilitation in Freiburg i. Br. und Caracas/Venezuela; seit 1994 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Rostock. Publikationen u.a.: *Mecklenburg-Vorpommern im Wandel, München 1998 (Hrsg. mit Jochen Schmidt); Einstellungen zur deutschen Vereinigung und zur Transformation, in: Dieter Brümmerhoff (Hrsg.), Nutzen und Kosten der Wiedervereinigung, Baden-Baden 2000, S. 173-190*

Allgemeine Angaben sagen indes wenig über die Verhältnisse in den einzelnen Gesellschaften aus. So ist es möglich, dass die Abhaltung freier Wahlen mit sehr ungleichen sozialen Verhältnissen einhergeht und die wirklichen Machtträger gar nicht dem demokratischen Verfahren unterliegen. Dies gilt besonders für viele Länder der sog. Dritten Welt und für die Transformationsgesellschaften Osteuropas, die sich im Übergang vom Staatssozialismus zur Marktwirtschaft und liberalen Demokratie befinden. Die insgesamt positive Entwicklung im Weltmaßstab enthält auch noch keine Angaben darüber, wie die Bürger eines Landes ihr politisches System beurteilen.

Deutschland: Vom Nachzügler zur Demokratie der Bundesrepublik

In Europa haben die Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert einen Sonderweg zur Demokratie eingeschlagen. Diese unter Historikern und politischen Beobachtern diskutierte Annahme beruht auf folgenden Feststellungen zur deutschen Geschichte: Erst mit einiger Verspätung gelang die Schaffung eines Nationalstaates und zwar 1871 unter Bismarck als Gründung „von oben“. Die Versuche zu einer demokratischen Revolution 1848 scheiterten zunächst. Während die Deutschen im europäischen Vergleich im 19. Jahrhundert mit Blick auf die Demokratie zu den Nachzögern

gehörten, waren sie in wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und technologischer Hinsicht erfolgreicher. Innerhalb von wenigen Jahrzehnten stieg Deutschland zu einer führenden Wirtschaftsmacht auf, schnell kam in Teilen des Bürgertums und bei den Führungsschichten der Ruf nach einem „Platz an der Sonne“, d.h. dem Erwerb von Kolonien und militärischer Machtentfaltung auf. Der Erste Weltkrieg und die deutsche Rolle an seinem Ausbruch, sie erschienen als ein gescheiterter „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer).

Insofern stand die Weimarer Republik unter einem ungünstigen Vorzeichen, denn sie galt nicht als die Frucht eigener Entscheidung, sondern als Ergebnis eines verlorenen Krieges und einer gescheiterten Revolution. Antidemokratische Kräfte von rechts und links bekämpften sie, der Zusammenbruch der Weimarer Republik führte zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und zur zwölfjährigen totalitären Herrschaft Adolf Hitlers. Die Erfahrung der Diktatur und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus prägte die deutsche Nachkriegsgeschichte. Sowohl die Staatsgründung der Bundesrepublik als auch die der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1949 waren eine Reaktion auf die „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke). Allerdings gingen die doppelte Staatsgründung nicht auf den Wunsch der Mehrheit der Deutschen, sondern auf den Kalten Krieg und die Interessen der beiden Großmächte zurück. Die Entwicklung der Demokratie in Deutschland war damit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stark von äußeren Interessen und Zwängen beeinflusst. Während die Bundesrepublik die Eingliederung in den Westen anstrebte, blieb die DDR an die Sowjetunion gebunden.

Dennoch wäre es falsch, den Eigenanteil der Deutschen an der Demokratie gering zu schätzen. Das Grundgesetz (GG) von 1949 stellte eine

Reaktion auf die Erfahrungen des Zusammenbruchs der Weimarer Republik und des Aufstiegs des Nationalsozialismus dar. Die Gründergeneration der Bundesrepublik, die selber einen schmerzhaften Lernprozess durchlaufen hatte, vertrat den Gedanken einer streitbaren oder wehrhaften Demokratie, die sich gegen Extremisten von Rechts oder Links verteidigen sollte. Innenpolitisch führte der antitotalitäre Konsens zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952, die als Nachfolgeorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) galt und 1956 zum Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die das GG abgelehnt hatte. Zu den Besonderheiten der Demokratie der Bundesrepublik gehört der Radikalerlass oder Extremistenbeschluss von 1972, der auf die Verfassungstreue von Angehörigen des öffentlichen Dienstes abzielt – in anderen westeuropäischen Demokratien sind solche Regelungen in dieser Form nicht vorhanden.

Nicht selten wird die politische Stabilität der Bundesrepublik vor allem auf das sog. Wirtschaftswunder zurückgeführt. Eine solche Sichtweise greift zu kurz. Denn zu der bemerkenswerten Aufbau- und Wirtschaftsleistung trat das sog. Wahlwunder, d.h. die Konzentration der Wähler auf wenige große Volksparteien. Im Unterschied zur Weimarer Republik gelang der Nachweis, dass die Demokratie funktioniert und eine stabile Regierungsführung ermöglicht. Ein weiteres trat hinzu: Gerade in der Anfangsphase der alten Bundesrepublik blieben zahlreiche Mitglieder der NSDAP in der Verwaltung und unter den Funktionseliten; in die neuen demokratischen Parteien wurden sie unter der stillschweigenden Annahme aufgenommen, dass sie sich zu den Werten und den Spielregeln der Demokratie bekannten. Dieses umstrittene Verfahren ist auch als „kollektives Beschweigen“ der Vergangenheit bezeichnet worden. Während die Gesetzgebung, die politi-

sche Bildung und die Programmatik der Volksparteien sich klar an den Zielen der westlichen Demokratie orientierten, war man mit Blick auf die Vergangenheit bereit, ein Auge zuzudrücken. Welche Faktoren wirklich den Ausschlag gaben, lässt sich im Nachhinein schwer feststellen: Sowohl bei der Wahlbeteiligung als auch bei den Umfrageergebnissen zeigt sich bis in die 1990er Jahre ein Ansteigen der Partizipation und eine wachsende Zustimmung der Deutschen zum politischen System der Bundesrepublik.

In den vergangenen Jahrzehnten hat die Demokratie eine erstaunliche Fähigkeit bei der Integration von politischen Kritikern oder sogar Gegnern bewiesen. Waren es in der Anfangszeit vor allem die mehr oder weniger geläuterten Mitglieder der NSDAP, so gelang seit den späten 1970er Jahren die Reintegration der Außerparlamentarischen Opposition (APO) der linksgerichteten Studenten- und Jugendbewegung von 1968. Eine nicht zu unterschätzende symbolische Bedeutung ging dabei von der Wahl Willy Brandts, also eines aktiven Gegners des Nationalsozialismus, zum ersten sozialdemokratischen Bundeskanzler im Jahre 1969 aus. Deswegen ist dieser Regierungs- auch als ein Machtwechsel bezeichnet worden. Innenpolitisch wurde eine Reformära eingeleitet, nach außen die Ost- und Entspannungspolitik. Der Einzug der zunächst stark ökologisch und basisdemokratisch ausgerichteten Grünen in den Bundestag 1983 unterstrich erneut die Fähigkeit des parlamentarischen Systems zur Aufnahme neuer Ideen und Kräfte. Der „lange Marsch durch die Institutionen“, wie Mitglieder der APO es Anfang der 1970er Jahre formulierten, erreichte seinen vorläufigen persönlichen Höhepunkt mit dem Regierungswechsel 1998. Mit Joseph Fischer wurde ein bekannter Vertreter der Protestbewegung Außenminister der Bundesrepublik Deutschland.

Von der alten zur neuen Bundesrepublik

Die friedliche Revolution von 1989 gilt als ein Höhepunkt in der Demokratiegeschichte der Deutschen. Ausmaß und Wirkungskraft dieser Bewegung unterliegen allerdings unterschiedlicher Betrachtungsweise: Aus der Sicht der osteuropäischen Nachbarn, d.h. vor allem Polens, wird der Eigenanteil der Ostdeutschen eher niedrig veranschlagt; dementsprechend werden die zukunfts-fähigen Potentiale mehr in der erprobten Demokratie der alten Bundesrepublik gesehen. Viele Bewohner der ehemaligen DDR bringen ihrerseits die Ereignisse des Herbstes 1989 mit den Härten des ab 1990 einsetzenden Transformationsprozesses und den Begleiterscheinungen der Globalisierung in Verbindung, obwohl es sich um zeitnahe jedoch unterschiedliche Ereignisse bzw. Phänomene handelt. So werden zwar nicht der Fall der Mauer und die deutsche Vereinigung, wohl aber die politische Demokratie der Bundesrepublik im Verlaufe der 1990er Jahre zunehmend kritisch beurteilt und dies in einem wesentlich stärkeren Maße in Ost- als in Westdeutschland. Solche Meinungsbilder lassen sich mit Hilfe der in Umfragen ermittelten politischen Einstellungen, die ein zunehmend skeptisches Bild bei den Ostdeutschen zeigen und im Nachlassen aktiver politischer Teilnahme feststellen. Mittlerweile hat der Anglerverband Mecklenburg-Vorpommerns mehr als doppelt so viele Mitglieder wie die politischen Parteien des Landes. Bei den Bundestagswahlen ist dagegen die Beteiligung der Bürger nicht gesunken. Wie ernst muss man also die Abwesenheit vieler Bürger vor allem in den neuen Ländern vom öffentlichen politischen Leben nehmen? Sind die Menschen noch nicht in dem neuen politischen System angekommen? Oder ist der Rückzug aus der Politik eine unerfreuliche aber partiell verständliche Reaktion auf die verordnete Politisierung in der DDR?

Eine eindeutige Antwort darauf ist nicht möglich. Die meisten westlichen Demokratien haben eine niedrigere Wahlbeteiligung als die Bundesrepublik und weniger Parteimitglieder. Offenbar sind in Deutschland besondere Traditionen aber auch Erwartungen vorhanden: Zum einen sind die teilweise überzogenen Hoffnungen der Bürger der neuen Länder in die Fähigkeit des politischen Systems zur zügigen Lösung individueller Probleme enttäuscht worden. Zum anderen wirken die Traditionen eines verordneten obrigkeitstaatlichen Denkens und der Glaube nach, die Regierung könne schnelle und einfache Antworten für Fragen des persönlichen Lebens liefern. Zu dieser Erwartungshaltung haben die Regierenden im Wahlkampf im übrigen selbst beigetragen, da sie mehr versprochen haben, als die Politik in modernen und zunehmend individualisierten Gesellschaften überhaupt erfüllen kann.

Demokratie – ein offenes Verhalten

Wenn man von einem realistischen Demokratieverständnis ausgeht, dann ist die Demokratie weder ein ideales noch ein fertiges Modell. Sie muss darüber hinaus im jeweiligen Länderkontext gesehen werden. So erscheint manchen Ostdeutschen die Demokratie der Bundesrepublik als kompliziert, schwerfällig oder sogar als ungerecht. Aus einer osteuropäischen oder ausländischen Perspektive fällt das Urteil dagegen wesentlich positiver aus. Für die postkommunistischen Länder, so schreibt Richard Rose, sei nicht Großbritannien, wo sich die Demokratie langsam über Jahrhunderte festigen konnte, das Modell, sondern Deutschland. Dort habe es im 20. Jahrhundert drei undemokratische Regime gegeben (Kaiserreich, Nationalsozialismus, Staatssozialismus), erst dann etablierte sich die Demokratie in dem vereinigten Land. Aus der Sicht ausländischer Beobachter

erscheint die Demokratie in Deutschland als ein gelungener Lernprozess.

So viel Optimismus mag uns überraschen und als schwacher Trost angesichts vorhandener Probleme gelten. Aber es kann auch eine Ermunterung gegen übertriebene Skepsis sein. Denn sowohl die Bürger als auch die Politiker waren auf die neuen Verhältnisse ab 1990 nicht vorbereitet. Aber ein fertiges Modell ist die Demokratie nie gewesen. Sie beruht auf einigen Grundannahmen – den Menschenrechten, den freien Wahlen, dem Rechtsstaat, der Vorstellung von einer Bürgergesellschaft und der in unserem Land recht ausgeprägten Form von Sozialstaatlichkeit – ansonsten muss sie sich jeweils den neuen Herausforderungen stellen. Dazu zählen in Deutschland die deutsche Vereinigung als Gestaltungsaufgabe, die Herstellung von Chancengleichheit zwischen den neuen und alten Bundesländern, die Frage der Zuwanderung angesichts eines zunehmenden Alterungsprozesses unserer Gesellschaft sowie rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen eines kleineren Teils der Bevölkerung. Trotz staatlicher Hilfestellungen kommt es letztlich auf den einzelnen Bürger an, seine Rolle in der Gesellschaft zu finden und die vorhandenen Chancen zu nutzen. ■

Literatur

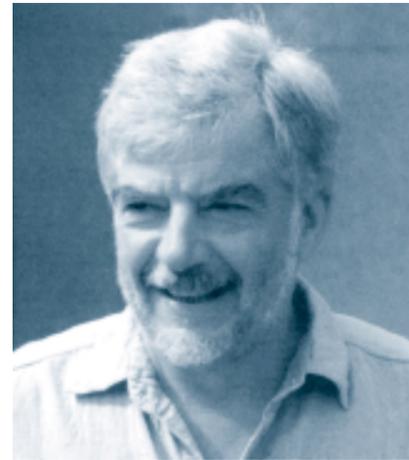
Renate Köcher, Schatten über Deutschland. Viele Ostdeutsche glauben nicht an die eigene Zukunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. August 2001, S.5

Richard Rose et. al., Democracy and its Alternatives. Understanding Post-Communist Societies, Baltimore 1998

Kurt Sontheimer, So war Deutschland nie. Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik, München 1999

Nikolaus Werz, Hans Jörg Hennecke (Hrsg.), Parteien und Politik in Mecklenburg-Vorpommern, München 2000

Heinrich A. Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte, München, 2 Bde.



Dr. Hans-Joachim Maaz, Jahrgang 1943, ist Chefarzt an der Klinik für Psychotherapie und Psychosomatik in Halle. Dr. Maaz hat bereits zahlreiche Publikationen veröffentlicht, oftmals zum Thema „Schwierigkeiten im deutschen Vereinigungsprozess“. In anderen Veröffentlichungen hat er sich mit der Gewaltproblematik und der „therapeutischen Kultur“ auseinandergesetzt. Lesen Sie im folgenden Beitrag seine Thesen zur „seelischen Demokratisierung“.

Seelische Demokratisierung

Menschen brauchen Orientierung, sie suchen Halt und sehnen sich nach Gemeinschaft und Verbundenheit. Manche haben auch Angst davor, weil sie schlechte Erfahrungen gemacht haben: die Familie war vielleicht zu streng oder lieblos, die Freiheitsgrade zu eng, die Erziehung zu autoritär, die gesellschaftlichen Verhältnisse verlogen, zu fordernd oder zwingend. Das Kind braucht einführendes Verstehen, liebevolle Unterstützung und Anerkennung und verstehbare Begrenzung. Der Selbstwert eines Menschen wächst mit der erfahrenen Liebe; Minderwertigkeitsgefühle sind das Ergebnis von Ablehnung, Einschüchterung und Kränkung. Minderwertigkeit sucht nach Ausgleich. So entstehen Erfolgssucht, Besitzgier und Machthunger. Seelisch bestätigte Menschen ruhen besser in sich, sie tun das Notwendige, ohne sich zu überfordern, sie entspannen sich und genießen, ohne faul zu werden, sie handeln selbstbezogen, ohne das Gemeinwohl aus dem Auge zu verlieren, sie setzen sich für ihre Belange ein, ohne Gewalt auszuüben, und die Grenzen sich ab, ohne Außenseiter zu werden, sie pflegen soziale Kontakte, ohne sich abhängig zu machen oder zu klammern.

Seelisch verletzte Menschen bleiben in permanenter Anspannung, weil sie nicht mehr vertrauen können, sie empfinden zwar berechtigten Zorn wegen der erfahrenen schlechten Behand-

lung, den sie aber zumeist an falschen „Objekten“ (an Schwächeren) abreagieren, sie überfordern sich, um endlich beweisen zu können, dass sie doch wer sind. Aber auch der Erfolg macht nicht satt, sondern fordert nur weitere Anstrengungen – ein verhängnisvoller Kreislauf.

Die frühen Beziehungen, mit denen ein Kind begleitet wird oder denen es ausgesetzt ist, bilden und prägen seine Persönlichkeit. Wer Antwort geben kann auf die Frage: Wer bin ich? – der ist bei sich angekommen. Wer auf diese Frage Antworten von außen braucht, der hat sich verloren. Autoritäre familiäre oder gesellschaftliche Verhältnisse bestimmen den Menschen von außen und oben. Demokratie aber braucht für die Stabilität viele selbstbestimmte Menschen. Wer sich verstehen und auch selbst gut finden kann, kann auch den Andersdenkenden verstehen lernen und auch beim Fremden wertvolle Eigenschaften und interessante Fähigkeiten entdecken. Wer seine eigenen Fehler und Schwächen annehmen kann, muss sie nicht beim Nachbar bekämpfen.

Demokratie lebt von der Vielfalt. Der Pluralismus ist der Garant für Freiheit und Menschenwürde. Individuelle Freiheit endet an der Freiheit des Nächsten und an den notwendigen Gesetzen gegen kriminelles und krankhaftes Handeln.

Aber Vielfalt ist manchem beängstigend. Wer nicht gut weiß, wer er ist und Orientierung und Bestätigung von außen braucht, ist in Gefahr, sich durch die vielen Angebote zu verwirren und Verführern zum Opfer zu fallen. Wenn sich seelische Verletzungen mit äußeren verlogenen Verheißungen treffen, entstehen leicht individuell abnorme Haltungen: Fanatismus, Radikalität, Sektierertum, Militanz und Sucht. Als Massenphänomen entstehen daraus die Gesellschaftspathologien, die wir in Deutschland nur all zu gut kennen.

Demokratie kann politisch verordnet oder übernommen werden, das haben die Westdeutschen nach 1945 und die Ostdeutschen nach 1989 erfahren. Äußere Demokratisierung aber ohne eine innere Demokratisierung in den Seelen der Menschen ist nur so lange stabil und erfolgreich, solange der Mehrheit der Bevölkerung eine „Entschädigung“ für das geforderte demokratische Verhalten gegeben werden kann.

Das war in Westdeutschland nach dem 2. Weltkrieg der Wirtschaftsaufbau mit Wohlstand für alle und in Ostdeutschland die hoffnungsvolle Idee von einem besseren und gerechteren sozialen Leben, geboren aus dem Antifaschismus. Diese ideelle Hoffnung ist nicht nur an der Mangelwirtschaft und politischen Repressionen erstickt, sondern auch an den seelisch beschädigten Menschen gescheitert. Dies kann dem demokrati-

schen Deutschland auch drohen, wenn der Wohlstand als Droge für seelische Verletzungen nicht mehr ausreichend zur Verfügung steht und seine berauschende Wirkung verliert. Spätestens dann – besser aber sofort – ist eine innere Demokratisierung dringend erforderlich.

Demokratie als eine Zustandsbeschreibung für die menschliche Seele fordert eine wahrhaftige Selbsteinschätzung, die positive Eigenschaften zu würdigen weiß und Negatives nicht mehr verbergen muss. Der liebevolle und respektvolle Umgang mit Kindern ist die wichtigste Voraussetzung für diese Fähigkeiten. Geliebte, wertgeschätzte und auch in ihren psychosozialen Bedürfnissen gesättigte Kinder entwickeln eine „demokratische Seele“. Sie lernen, auch unvermeidbare Begrenzungen zu akzeptieren und leidvolle Erfahrungen zu betrauern. Sie haben ausreichende Beziehungserfahrungen, in denen sie bestätigt werden und auch in ihren Gefühlen akzeptiert werden, wenn sie Zorn über Böses, Schmerz über Mangelhaftes und Trauer über Verluste empfinden und zum Ausdruck bringen wollen. Eine demokratische Gesellschaft muss für ihren Erhalt und ihre Entwicklung in Familien und Kinder investieren. Frauen dürfen keinerlei Nachteile erfahren, wenn sie Kinder bekommen, sie dürfen weder in ihrer Entwicklung benachteiligt werden noch in Armutsgefahr geraten. Mütterlichkeit muss als ein progressiver (nicht konservativer!) Wert in der Gesellschaft Anerkennung finden. Nur der „mütterlich“ gesättigte Mensch, der zu einem guten Selbstwertgefühl dadurch gekommen ist, kann später eigenständig, selbstverantwortlich und sozial engagiert handeln und leben.

Innerseelische Demokratie ist ein dynamischer Zustand, der Selbstkritik erlaubt, die emotionale Verarbeitung von Begrenzung und Beschränkung ermöglicht und Verantwortung für das eigene Handeln oder Nicht-Tun ein-

schließt. Ein solcher Zustand ist kein Besitz, sondern muss in der Auseinandersetzung mit sich und anderen immer wieder neu erreicht werden. Dies schafft einen unerschöpflichen inneren Reichtum an Erfahrung, Erleben, an Kontakt und Kommunikation. Wer in der Demokratie ankommen und ihre Zukunft sichern will, muss sich um seine innere Demokratisierung bemühen. Halt und Orientierung wachsen in einem solchen Prozess von innen her und bewähren und modifizieren sich im Austausch mit den anderen. Der übertriebene Ruf nach Führung und die süchtige Sehnsucht nach äußerer Bestätigung schmelzen dann auf die sinnvolle Akzeptanz von Autorität und Kompetenz. Für den seelisch demokratisierten Menschen verliert Gemeinschaft die ängstigende Macht der Konkurrenz und Neues und Fremdes kann Neugier und Interesse wecken statt Angst und Abwertung.

Eine innerseelische Demokratisierung kann nicht verordnet werden. Verletzte Seelen bedürfen der Therapie, was bei wachsendem Bedarf weder organisatorisch noch finanziell ausreichend möglich ist. Bleibt die Notwendigkeit der Prävention und damit die Herausforderung an die Gesellschaft und Politik, den Umgang mit Kindern zu überdenken, Erziehung durch Beziehung zu ersetzen, Mütterlichkeit psychologisch besser zu verstehen und sozial entschieden zu unterstützen und die Vaterflucht zu vermindern. In die Kinder zu investieren, ihren Selbstwert zu stärken und sie das unvermeidbare Leid fühlend verarbeiten zu lehren, das Verständnis und die Befähigung der Eltern dafür zu gewinnen, die Institutionen der Kinderbetreuung und der Bildung angemessen auszustatten, ist die wichtigste Investition in die Zukunft und die Demokratisierung einer Gesellschaft. ■

VS-Lexikon

Begriffe aus der Welt der Nachrichtendienste von A - Z

K wie Kompromat

Bei einem Kompromat handelt es sich um Ansatzpunkte, mit denen gegnerische Nachrichtendienste Personen zur Mitarbeit „bewegen“ können – z. B. illegaler Drogenkonsum, Alkoholismus, finanzielle Schulden in größerem Umfang oder weitere Formen abweichenden Verhaltens.

K wie konspirativ

Verdecktes Vorgehen oder die Benutzung von Legenden mit dem Ziel, den nachrichtendienstlichen Hintergrund von Sachverhalten oder Personen gegenüber der Umwelt zu verdecken.

L wie Legende

Eine Legende benutzen Nachrichtendienste, um ihren Auftrag und für sie tätige Personen gegenüber Dritten abzusichern. Zu Tarnmitteln in diesem Zusammenhang zählen insbesondere die Nutzung von Tarnausweisen aller Art und entsprechender Autokennzeichen.

L wie Legendengeber

Ein Legendengeber ist eine Person, deren biographische Daten einem Nachrichtendienst als Grundlage für die Legendenbildung eines Agenten dienen.

M wie Maulwurf

Als Maulwürfe werden Agenten bezeichnet, die ein Nachrichtendienst in einem gegnerischen Geheimdienst platziert hat. Wesentliche Aufgabe dieses Agenten ist vornehmlich die Aufklärung der Struktur und Arbeitsmethoden innerhalb des jeweiligen Geheimdienstes.

VS-Lexikon

M wie Meldeweg

Der Meldeweg ist die Nachrichtenverbindung, über die ein im Einsatz tätiger Agent die von ihm beschafften Informationen oder sonstige relevante Mitteilungen an seinen auftraggebenden Nachrichtendienst übermittelt.

N wie nachrichtendienstliche Mittel (ND-Mittel)

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder setzen bei der Beobachtung von gegnerischen Agenten und politischen Extremisten sogenannte nachrichtendienstliche Mittel ein. Dazu zählen u. a. verdeckte Ermittlungen und Befragungen, Observation, der Einsatz von V-Leuten und die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

N wie Nahbeobachter

Nahbeobachter sind Personen, die von einem Nachrichtendienst gezielt eingesetzt werden, um im Rahmen ihres Auftrages verdächtige Personen aufgrund bestehender privater und/oder beruflicher Kontakte unauffällig zu beobachten.



V. Schützer hat das Wort

Aufbruch – Ankunft – Zukunft – das klingt ja wie die Überschrift des Terminplanes einer Reisegesellschaft. Wobei Aufbruch und Ankunft ja noch erträgliche und alltägliche Begebenheiten beschreiben, der Begriff **Zukunft** aber selbst für positiv gestimmte Teilnehmer einer Reisegesellschaft nicht unbedingt nur **SCHÖNES** verheißt.

Bleiben wir ruhig beim Bild der Reisegesellschaft, das gefällt mir ganz gut und ist eigentlich auch neu. Betrachten wir also die sogenannte **Gesellschaft** und lassen sie zu Beginn ihrer Zivilisation wie üblich in der Gegend herumsitzen, ab und zu ein wenig jagen und sich mehren. Völlig wert- und ideologiefrei lässt sich wohl sagen, dass sich diese Gesellschaft nur deshalb immer weiter entwickelt hat, weil sie – wenn auch teilweise über sehr lange Zeiträume gedacht – immer, immer wieder in Bewegung war, sich ständig neu organisieren und an ständig ändernde Gegebenheiten anpassen musste.

Da war man noch ständig **gezwungen**, das Überleben der Art zu sichern – unruhige und spannende Zeiten also.

Heute, nur relativ kurze Zeit später und relativ weiter entwickelt, gelten die drei Grundprinzipien der Reisegesellschaft „**Aufbruch – Ankunft – Zukunft**“ eigentlich noch immer. Damit das Leben in einer Gemeinschaft funktionieren kann, muss sie sich immer wieder am eigenen Schopfe aus den erkannten Problemsituationen ziehen. Nur sollten sich **möglichst viele** ihre Gedanken über Lösungen machen (können), damit eine Vielfalt von Ideen ohne starre Vorgaben geprüft werden kann, und eine allgemein anerkannte Lösungsvariante gefunden wird.

Wir wollen aber mal nicht so tun, als sei das alles völlig konfliktfrei zu lösen. Dem Menschen ist seit jeher ein bisweilen großes Maß an Eitelkeit gegeben. Diese Eitelkeit betrifft nicht immer nur das äußere Erscheinungsbild, nein, es gab und gibt Stammesfürsten, die **so** sicher waren, immer die **einzig richtige** Lösung für die Probleme ihrer Reisegesellschaft zu haben, dass sie (am liebsten) gar keine anderen Lösungen mehr disku-



tieren, geschweige denn zulassen wollten. Logisch eigentlich, da niemand allwissend und irren bekanntlich menschlich ist, dass ein derart diktatorisch gelenkter Reisebus nicht unbedingt eine zufriedene, da nicht mitbestimmende Reisegesellschaft produziert.

Ein **Aufbruch** aus unruhigen, problembeladenen Zeiten entsteht aus dem Willen zur Veränderung, aus dem Wunsch und Streben nach neuen Zielen. Sind diese Ziele einmal definiert, wird sich die Reisegesellschaft in Bewegung setzen mit der Hoffnung, nach mehr oder weniger langer Fahrt, eine gelungene **Ankunft** am Wunschort zu schaffen. Ob dieses dann erreichte Etappenziel aber schon die Endstation der Reisegesellschaft ist, das sollte nie der „Lenker“ des Reisebusses alleine bestimmen, das muss immer die ganze Gesellschaft mittragen. Insoweit trägt jeder, der die Chancen einer Reise in Gesellschaft begreift, selbst dazu bei, aber auch Verantwortung dafür, wo die Reise in **Zukunft** hingeht.

Dazu ermuntert u.a. auch



Ihr V. Schützer

Der Umgang mit Jugendlichen, die der „rechtsextremistischen Szene“ zugerechnet werden, ist immer wieder ein umstrittenes, oft sehr emotional geführtes Thema. Frau Prof. Dr. Gudrun-Anne Eckerle hat auf Anfrage der Journal-Redaktion die nachfolgende wissenschaftliche Analyse der Situation mit ihren Thesen und konkreten Anregungen zur Gegensteuerung verfasst. Die vorangestellten notwendigen Begriffs(er)klärungen können insbesondere für den nicht spezialisierten Leser bei der objektiven Lageeinschätzung sehr hilfreich sein. Die (streng) wissenschaftliche Datenerhebung könnte für Studierende ein Ausgangspunkt für weitere Forschung sein.

Rechtsextremismus – Rechtsradikalismus

Einige Hinweise zum Umgang mit betroffenen Jugendlichen

Über Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus ist viel geschrieben worden, ohne dass sich der Anlass hierzu, die Gewalt von Jugendlichen gegen Ausländer, durch entsprechende Maßnahmen spürbar hätte eingrenzen lassen. Im Gegenteil, die rechte Szene dehnt sich aus, vor allem gewinnt die Zuschreibung einer bewussten rechtsextremen Ideologie zunehmend eine Basis in der Realität. Das zwingt dazu, die Situation zu analysieren und mit kritischer Prüfung an das, was man glaubt, heranzugehen. Die zentrale Frage, die man stellt, wenn es darauf ankommt, sich nicht zu irren, ist: Was spricht dafür und was dagegen, dass eine gegebene Auffassung über die Situation zutrifft? Maßnahmen, die auf unzutreffender Diagnostik beruhen, können allenfalls zufällig erfolgreich sein.

Der folgende Bericht über einige Forschungsergebnisse soll zu dieser Situationsklärung beitragen. Er begrenzt sich auf wenige Ergebnisse und Handlungsempfehlungen, die entsprechend ihrer Relevanz für die Handlungsmöglichkeiten des Verfassungsschutzes ausgewählt wurden.

Unter: „www.uni-rostock.de/fakult/philfak/institut/ischulpa/Schulpaed_

Start.htm“ können weitere Texte abgerufen werden. Rückfragen und Bedarfe an detaillierteren Ergebnissen können unter der dort angegebenen Kontaktadresse an die Autorin geleitet werden.

Rechts – rechtsextrem – rechtsradikal – Was ist das?

Für die drei Begriffe wird meist gemeinsam eine nähere Bestimmung gegeben, nämlich: Wer rechts denkt, ist gegen Ausländer und setzt auch Gewalt gegen sie ein. Diese Antwort vernachlässigt nicht nur die Abstufung der drei Begriffe, sondern auch weitere Merkmale dessen, was mit einer politisch als rechts oder rechtsextrem einzuordnenden oder gar rechtsradikalen Einstellung gemeint ist. Wenn das aber so ist, dann wird die schwerwiegende gesellschaftliche Bedeutung des Begriffs „rechtsextrem“ zu Unrecht auf das damit bezeichnete Phänomen, die gewalttätigen und ausländerfeindlichen Jugendlichen, übertragen, was eine Vielzahl von zu erwartenden Fehlhandlungen provoziert. Pädagogische Fehlhandlungen, weil die Maßnahmen in den Schulen und der außerschulischen Jugendarbeit auf unzutreffenden Diagnosen beruhen; journalistische Fehlhandlungen, weil falsche Botschaften gesen-

Zur Autorin:

Frau Prof. Dr. Gudrun –Anne Eckerle, Jahrgang 1943, hat 1993 eine Gründungsprofessur für Schulpädagogik der Universität Rostock übernommen. Ihr beruflicher Weg führte über das Lehramt an Gymnasien (Fächer Deutsch, Politik, Geschichte und Philosophie) in die empirische psychologische Forschung (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main). Sie promovierte an der Universität Tübingen in Psychologie und habilitierte sich in Marburg in dem Fach Erziehungswissenschaften. Ihre Erfahrungen in, mit und über Schule hat sie gesammelt als Mutter zweier Söhne, als Lehrerin, als Mitarbeiterin eines Schulamtes, als empirisch arbeitende Forscherin und über mehrer Jahre bei der Supervision von Lehrerkollegien. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind: Handlungstheorie, Wissenschaftstheorie und empirische Jugendforschung.

det werden; politische Fehlhandlungen, weil das Thema Rechtsradikalismus in Deutschland untrennbar mit dem des Nationalsozialismus verknüpft ist und daher die entstandenen Botschaften unweigerlich die entsprechenden Bewältigungsketten aktivieren. Mit gutem Grund reagieren ja Interessengruppen, Verbände, politische Parteien und Regierungen wie empfindliche Seismographen auf Indikatoren für rechtsextreme oder rechtsradikale Handlungsweisen.

Eine politische Einstellung, die als rechtsextrem bezeichnet wird, ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet:

- **Primat des Staates vor dem Einzelnen** – Der staatliche Verwaltungsapparat ist hierarchisch durchgegliedert und straff geführt; die Bürger akzeptieren dies und erwarten, dass Andersdenkende mit Sanktionen, die bis in die Verhaltensregulierung des Alltags eingreifen, zu „anständigem Verhalten“ geführt werden. Das politische Verhalten ist durch die vom Staat eingeforderte Gefolgschaftstreue gekennzeichnet.
- **Primat des Volkes vor dem Einzelnen** – Das Volk wird als Ganzheit verstanden, in der die Einzelnen nur vorübergehende Träger eines übergeordneten historischen Ganzen sind. Sie werden zu Menschen und Bürgern erst über ihre Teilhabe an der Volksgemeinschaft, die in rassistischer Deutung des Nationenbegriffs als Blutgemeinschaft verstanden wird. Mit der biologistischen Sicht des Volkes ist der Gedanke der Eugenik und des Körperkults (Stärke, Sportlichkeit, Gesundheit) verbunden.
- **Konformitätsansprüche an den Einzelnen**, die pädagogisch über das Erziehungssystem und gesellschaftliche Organisationen durchgesetzt werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei eine sogenannte Integrationsideologie (meist nach der Formel „Nationalismus + Feindbild“, also die überhöhte Wertschätzung des eigenen Volkes unter Abwertung anderer in Kombination mit der Suggestion von Bedrohung, die angeblich von irgendeiner Gruppe oder Instanz ausgeht, etwa den Juden, den Kommunisten, den Ausländern, den Kapitalisten, den Homosexuellen ...). Eine Integrationsideologie solidarisiert die Menschen innerhalb der Volksgemeinschaft gegen jene außerhalb, so dass Fehler, Schwächen oder Übergriffe im Inneren durch Hinweis auf die Bedrohung von außen überdeckt werden können.
- **Unsicherheitsintoleranz** – Gefolgschaftstreue und Konformitätsanforderung führen zu klaren Maßstäben, was gut und schlecht ist, was geht und was nicht geht. Komplexität, Unklarheit, Ungewißheit sind die psychischen Gegenstücke dieser Haltung, die daher schlecht toleriert wird. Dies führt auch zu der

Hinnahme, ja sogar Forderung scharfer Sanktionen gegen Abweichler und Kriminelle (geschlossenes Weltbild).

Rechtsradikal wird dieser so umrissene Rechtsextremismus durch Übertretung des geltenden Rechts, vor allem in Form von Gewaltanwendung gegen politische Gegner und gegen die durch das Feindbild ausgegrenzten Menschen.

Von beiden, Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus, muss die politische Haltung Rechts getrennt werden. Sie unterscheidet sich darin, dass ihre Positionen innerhalb des Verfassungsrahmens bleiben. Jemand, der rechts denkt, dürfte zum Beispiel die Zugehörigkeit zur deutschen Nation eines gebürtigen Türken, der die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hat, nicht in Frage stellen; er dürfte aber die politische Auffassung vertreten, dass weiterer Ausländerzug irgendeinem Ziel der aufnehmenden Gesellschaft abträglich sei, und er könnte sich entsprechend für die Bekämpfung einer weiteren Liberalisierung aktiv, aber im verfassungsmäßigen Rahmen einsetzen.

Ganz allgemein kann eine Einstellung nicht mehr dem rechten demokratischen Spektrum zugerechnet werden, wenn sie im Widerspruch zu den Menschenrechten steht, denn diese sind ein Ausgangspunkt der Verfassung und unmittelbar durchgreifendes Recht.

Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus in nationalsozialistischer Zeit

Da sich die alarmierende Wirkung des Vorwurfs „Rechtsradikalismus“ aus der verpflichtenden historischen Erfahrung des deutschen Faschismus ergibt, ist es sinnvoll zu vergleichen, in welcher Form die genannten Einstellungen und Verhaltensweisen in nationalsozialistischer Zeit in Erscheinung traten. Ohne hier eine ins einzelne gehende Analyse auszubreiten, weise ich auf die Beobachtung hin, dass die Personen, die den Nationalsozialismus getragen haben, nach zwei Gruppen unterschieden werden können:

- nach einer, die die Haltungen Rechts und Rechtsextremismus aufweist. Wer zu dieser Gruppe gehört tritt keineswegs gewalttätig auf, sondern (sehr pauschal auf die Tendenz der Massen hin beschrieben) kleinbürgerlich geordnet und achtet darauf, dass andere und sie selbst sich „anständig“ verhält. Man nimmt Juden und andere angeblich minderwertige Menschen in Verdacht und ehrt Volk, Führer und Vaterland. – Eine positive Einstellung zu einem autoritären Staat, Duldung des Straßenterrors und Unterordnung der bürgerlichen Rechte unter die obrigkeitliche Macht, die Verherrlichung des eigenen Volkes zu Lasten der Wertschätzung Fremder, das waren die Merkmale dieser Gruppe;
- nach einer, die die Haltung Rechtsradikalismus aufweist. Diese Gruppe setzt rüde und gewalttätig braune Ideologie und Politik auf der Straße um, im Auftrag oder mit Billigung regionaler Parteigruppierungen bis hin zur Parteiführung. – Gewalt und Rassismus waren die Merkmale dieser Gruppe.

Das Zusammenwirken beider Gruppen ergab das Muster von akzeptierender oder hinnehmender Mehrheit und gewalttätiger Minderheit, das eine für den weniger verfügbaren Rest der Bevölkerung so lähmende Wirkung entfaltete.

Das historische Muster der nationalsozialistischen Zeit finden wir auch bei den Jugendlichen unserer Studie wieder. Eine kleinere Gruppe ist gewalttätig und ausländerfeindlich; eine deutlich größere ist autoritär (antidemokratisch) eingestellt.

Beobachtungen dazu aus der Jugendstudie „Subjektive Befindlichkeit von Jugendlichen im innerdeutschen und europäischen Ost-West-Vergleich“

Zur Untersuchung

Der Fragebogen, auf dem die Ergebnisse der Studie beruhen, ist nicht auf Gewalt und Rechtsextremismus begrenzt, sondern stellt ein umfassendes Persönlichkeitsinventar mit einer besonderen Struktur

dar: Seine Items¹ sind flächig über alle wesentlichen Lebensbereiche verteilt. Zu den ersten 45 Items werden je fünf, zum Ende auslaufend weniger Fragen pro Item gestellt. Diese Fragen ergänzen sich in ihrem Zusammenspiel jeweils zu komplexen diagnostischen Sets. So wird **beispielsweise** zu dem Item „In unserer Stadt gibt es Jugendgruppen, die sich bekämpfen“ gefragt:

Fragen an jedes Item

Wie wichtig ist Dir das?

Wieviel meinst Du selbst dagegen tun zu können?

In welchem Maß ist das gegenwärtig für Dich gegeben?

Wie war es in der Vergangenheit?

Wie erwartest Du diesen Sachverhalt in der Zukunft?

Diagnostische Ziele für jedes Item

Optimismus versus² Pessimismus
Zuschreibung von Selbstwirksamkeit/
Handlungsmacht

Frustration versus Zufriedenheit

Biografische Tendenz in der Kette von
Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft

Zu beachten ist, dass der Fragebogen grundsätzlich subjektive Aussagen erhebt. So ist zum Beispiel die Frage „Wie war es in der Vergangenheit“ keine Frage an Zeitzeugen, sondern an die je autobiografische Verarbeitung von früher Erlebtem oder durch Erzählung Erfahrenem.

Befragt wurden in sechs europäischen Großstädten (Rostock, Frankfurt am Main, Rotterdam, Graz, Brunn, Riga) etwa 5.500 Jugendliche im Alter von 15 und 17 Jahren. Die Stichprobe war repräsentativ angelegt.³

Das Bild, das sich auf diese Weise ergibt, weicht von bisherigen Ergebnissen in mancher Hinsicht ab und fordert mehr Differenzierung, als die bislang gebildeten Auffassungen es nahegelegt haben. Zunächst Hinweise

dazu, wie die drei kritischen Einstellungen, Autoritarismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalttätigkeit, zwischen den Stichproben in Ost und West verteilt sind:

- **Autoritäre Einstellungen** finden bei den befragten Jugendlichen breite Zustimmung, in Deutschland und außerhalb Deutschlands. Dabei liegt die Zustimmung in den ehemals sozialistischen Ländern etwas höher als in den westeuropäischen. Wie wenig aber solche Tendenzaussagen geeignet sind, Vorurteile zu rechtfertigen, zeigt sich darin, dass die Jugendlichen in Rotterdam gleich mit den Rostocker Jugendlichen liegen, während die Grazer und die Frankfurter Stichproben deutlich niedrigere Werte aufweisen.
- Ähnlich widerständig gegen die geläufigen Vorurteile sind die Aussagen der Jugendlichen zu **Ausländerfeindlichkeit**: Sie lassen zwar deutlich eine Ost-West-Unterscheidung zu: Rostock liegt sehr viel höher als Frankfurt und Rotterdam, aber Graz und Brunn liegen, beide fast gleich, zwischen Rostock und Frankfurt.
- **Die Aussagen über aktiv ausgeübte Gewalt** sind sogar zwischen den beiden

Stichproben Ost diskrepant. In Rostock findet Gewalteinsetz mehr Zustimmung als in Frankfurt und Rotterdam, deutlich niedriger folgt Graz und – mit überaus positivem Wert als letzte Stichprobe – Brunn als ehemals sozialistische Stadt.

Der Zusammenhang (Korrelation), in dem Autoritarismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalttätigkeit stehen, ist unübersichtlich und entspricht keineswegs der Vorstellung, dass das rechtsextreme Potential in einer kleinen, gefährlichen und skandalösen Gruppe zusammengefasst ist.

- Zwischen Aussagen über aktiv ausgeübte Gewalt und Fremdenfeindlichkeit besteht ein niedriger Zusammenhang, der in Rostock – auf dem Niveau der allgemein niedrigen Zusammenhangswerte – geringfügig höher ist als in Frankfurt.
- Der Zusammenhang zwischen aktiv ausgeübter Gewalt und Autoritarismus ist dagegen gar nicht gegeben; er tendiert bei entsprechender Auswahl der Stichprobe (nur die besonders hoch autoritären Jugendlichen) ins Negative.

eines der Items niedrig liegt, liegen auch die anderen niedrig, und umgekehrt). Die Itemgruppen nennt man **Faktoren**; sie ordnen die inhaltliche Vielfalt sozusagen unter gemeinsame Überschriften.

- **die Personen nach der Ähnlichkeit gruppiert** wurden, mit der sie jeweils große Syndrome von Items bearbeitet hatten (Beispiel: Eine Teilstichprobe gibt allgemein geringe Handlungsmacht an, berichtet von schlechter Schulleistung, beschädigtem Selbstwertgefühl, vergleichsweise geringer elterlicher Zuwendung ... Eine andere von hoher Handlungsmacht, positiver Bewertung von Gewalteinsetz, auffällig guter Gruppenintegration ...). Solche Teilstichproben mit ähnlichen Syndromen nennt man **Cluster**; sie ordnen große Gesamtstichprobe zu psychisch ähnlichen Teilstichproben, die wir in unserer Untersuchung als **Mentalitäten** bezeichnet haben.

Daneben wurden zur Personengruppierung auch Indikator-Items mit überprüfter Trennschärfe eingesetzt, um die Teilstichproben, die in den betreffenden Feldern hohe oder niedrige Werte hatten, zu separieren. Diese Teilstichproben wurden dann daraufhin überprüft, ob tatsächlich je die Mentalität, die ausgelesen werden sollte, herausgearbeitet worden ist.

- Der Zusammenhang zwischen Fremdenfeindlichkeit und Autoritarismus liegt wiederum niedrig, in Frankfurt und Rostock nahezu gleich.

Um Irrtümer auszuschließen: Dies sind Angaben über die Dichte von Zusammenhängen, nicht über das Ausmaß, in dem die Einstellungen und Verhaltensweisen beobachtet wurden. Ausführlich formuliert, ist daraus zum Beispiel zu entnehmen: Wer in Rostock gegen Fremdenfeindlichkeit ist, wird mit etwas größerer Wahrscheinlichkeit auch gegen die Forderung nach autoritärer staatlicher Führung sein, anstatt sie zu akzeptieren. Umgekehrt: Wer in Rostock dafür ist, ... Oder: Wenn Jugendliche in Frankfurt eine autoritäre Staatsform fordern, kann daraus nicht geschlossen werden, dass sie auch gewalttätig sind. Umgekehrt: wenn sie eine autoritäre Staatsform ablehnen, ist dies kein Indikator für Gewaltfreiheit.

Die Typik der Zusammenhänge und Nicht-Zusammenhänge zwischen den drei Bereichen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und autoritärer Einstellung wird in der folgenden **Grafik** veranschaulicht (Ergebnis einer Itemgruppierung in der europäischen Gesamtstichprobe, die entsprechend auf der Ebene der Einzelstichproben wiederholbar ist).

- Die Jugendlichen verbinden danach mit der Forderung nach autoritärer politischer Führung
- ihre Angst vor Menschen, die dumm, gefährlich oder unberechenbar sind;
 - ihre Ablehnung der gesellschaftlich unnützen Menschen,
 - den Wunsch, die pluralistische Wertelativität mit einer rigiden Geste der Macht durch verbindliche Maßstäbe für alle zu ersetzen.

Wir haben das Syndrom, das sich in diesem Ergebnis äußert, „paranoide Rigidität“ genannt. So empfinden Menschen, die Unsicherheit erleben, die sich bedroht fühlen. Gewalt ist in der Grafik nicht vertreten. In keinem Faktor der europäischen Teilstichproben tritt auch nur ein einziges Item aus der Itemgruppe Gewalt zusammen mit einem Item aus der Itemgruppe Autoritarismus auf. Hieraus ist zu schließen, dass beide Bereiche im Denken der



befragten Jugendlichen nicht in enger Beziehung stehen. Daraus ergibt sich auch, dass die autoritären Jugendlichen entsprechend den oben gegebenen Begriffsbestimmungen nicht als rechtsradikal, sondern als rechts oder rechtsextrem bezeichnet werden sollten.

Beschreibung der autoritär eingestellten Jugendlichen

Prozentual umfasst der Anteil dieser Jugendlichen in den einzelnen Stichproben zwischen 29 und 42 % (Prozentsatz der Jugendlichen, die dem Indikator-Item über politische Führung hoch oder sehr hoch zugestimmt haben). Die Jugendlichen sind ihrem Bildungsniveau nach ähnlich verteilt wie in der Gesamtstichprobe, das heißt: Antidemokratisch eingestellte Jugendliche kommen zu einem wesentlichen Teil auch aus dem gymnasialen Bildungsgang, im Unterschied zu den gewalttätigen Jugendlichen, die weit überproportional aus den nichtgymnasialen Bildungsgängen kommen.

In Übereinstimmung mit der typischen Motivstruktur autoritärer Einstellungen findet man bei diesen Jugendlichen neben der politisch-autoritären Einstellung

- eine Tendenz zur Verunsicherung;
- eine deutlich erhöhte Akzeptanz von Ordnungstugenden;

- eine Tendenz zur Rigidität gegenüber sich selbst und anderen;
- eine positivere Einstellung zur Schule als in der Gesamtstichprobe.

In den übrigen Hinsichten liegen die autoritär eingestellten Jugendlichen nahe an der Gesamtstichprobe. Der Gesamteindruck von dieser Teilstichprobe lässt vermuten, daß Erwachsene, die unter der geringen Disziplin der „heutigen Jugend“ leiden, diese Jugendlichen positiv wahrnehmen. Sie bemühen sich in der Schule und verhalten sich angepasster als ihre Mitschüler.

Überlegungen zu Handlungskonsequenzen

Welche Hinweise können diese Forschungsergebnisse für praktisches Handeln geben?

Ich stimme der Einschätzung zu, dass eine rechte, zum Extremismus tendierende Einstellung der Jugendlichen als noch gefährlicher einzuschätzen ist als das Verhalten der rechten Schläger, die so erfolgreich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich konzentrieren. Für beide Gruppen gilt zunächst, dass sie für eine entschieden rechtsextreme Propaganda Ansatzpunkte bieten, die hoch riskant sind. Eine solche Propaganda wird im Internet angeboten; sie liefert das, was vor allem den gewalt-

tätigen Jugendlichen fehlt, eine ideologische Überhöhung ihres Tuns, die nach innen integriert und nach außen skandalisiert. Für die autoritär eingestellten Jugendlichen wirkt sie als Risiko der politischen Verführung, weil sie sich affin zum Autoritarismus verhält und außerdem auf einen Stand der politischen Urteilsbildung trifft, der hierfür anfällig macht.

Meine beiden Empfehlungen für konkrete Maßnahmen betreffen entsprechend mit Blick auf die autoritär Eingestellten die politische Urteilsbildung, mit Blick auf die Gewalttätigen das Kappen der ideologischen Brücke zum politisch organisierten Rechtsextremismus.

Ansatzpunkt: Politische Urteilsbildung von autoritär eingestellten Jugendlichen

Nach meinen Beobachtungen sind es nicht nur Jugendliche, die – gefragt, welche Instanz den höheren moralischen Anspruch habe, das Volk oder der Einzelne – antworten: selbstverständlich das Volk. Im täglichen Erleben gelten Verzicht auf das subjektive Interesse zugunsten eines anderen oder einer Gruppe als edelmütig und solidarisch. Diese moralische Grunderfahrung wird auf das Verhältnis des Einzelnen zu der durch Rechtsverhältnis und Geschichte konstituierten Großgruppe Volk übertragen, zu Unrecht, denn das Verhältnis Einzelner und Gruppe ist dem Verhältnis Einzelner und Volk nicht analog. Während die Aufgabe eigener Interessen zugunsten einer Gruppe Solidarität bedeutet, muss das gleiche Verhalten gegenüber dem Volk als Gefolgschaft bezeichnet werden. Erst durch die Anforderung von, wie es im Nationalsozialismus hieß, Gefolgschaftstreue und die Bereitschaft der Menschen, dies als eine moralische Forderung zu akzeptieren, ist ein autoritärer Staat möglich.

Vor allem in den ehemals sozialistischen Ländern ist nach meinem Eindruck die moralische Differenz zwischen Gefolgschaft und Solidarität nicht klar:

Das Verfassungsrecht unseres Landes fasst das Verhältnis zwischen den Menschen und dem Staat als ein treuhändlerisches auf. Danach beauftragen die vielen Einzelnen den Staat, die öffentlichen Angelegenheiten zu regeln. Überschreitet der Staat die ihm übertragenen Rechte oder erledigt er seinen Auftrag nicht angemessen, dann können die Auftraggeber die Machtübertragung zurücknehmen. Sie bleiben in jeder Phase des staatlichen Handelns der Souverän. Solidarität ist der Entschluß des Staatsbürgers im Besitz seines Widerstandsrechts, persönliche Interessen zurückzustellen zugunsten von partikularen oder allgemeinen gesellschaftlichen Zielen. Gefolgschaft ist die Fügung des Bürgers gegenüber dem Führungsanspruch des Staates.

Jugendliche, die auf die Unübersichtlichkeit und Problemfülle ihrer Lebenssituation mit autoritären Forderungen reagieren, muss als Leitgedanke mitgegeben werden, dass nicht der starke Staat, sondern Engagement für ihr persönliches Interesse der Weg ist, der Besserung schafft. Ähnlich wichtig wie die historische Bildung zum Nationalsozialismus ist die politische Bildung zum Pluralismus. Die überpersönliche Moralität der Interessengegensätze, wie sie in Deutschland von Kant im 14. Anhang der Schrift „Zum ewigen Frieden“ oder in den amerikanischen Federalist Papers begründet ist, ist die Grundlage unserer Verfassungskonstruktion. Gleichwohl scheint sie aber als moralisches Argument selbst von Lehrern und Lehrerinnen kaum durchschaut und aufgegriffen zu werden und verliert in der alltäglichen Diskussion der Bürger regelhaft gegenüber der moralischen Suggestion des vermeintlichen Opfermuts, den der Einzelne zugunsten der Großgruppe lebt.

Ansatzpunkt: Kappen der ideologischen Brücke zum politisch organisierten Rechtsextremismus

Die rechtsradikale Tendenz artikuliert sich am greifbarsten bei den rechtsradikalen Skinheads. Daher

sollen diese für den folgenden Gedankengang als Modell dienen. Gegenwärtig stellt sich die Skinhead-Szene als heterogen, aber kommunikativ sehr effektiv vernetzt dar. Sie reicht von den Oi!-Skins, die sich die politische Interpretation ihrer Gruppe verbitten, über andere, die sich sozialkritisch und entweder antirassistisch (S.H.A.R.P. Skins) oder ausländerhassend (White Power Skins) geben, hin bis zu jenen, die explizit rechtsradikale Propaganda aufnehmen und verbreiten. Die Verfassungsschutz-Analysen, aber auch die Web-Sites der NSDAPAO geben Anhaltspunkte dafür, daß die Skin-Szene insgesamt Ziel der planmäßigen Beeinflussung durch die Auslandsorganisation der NSDAP, bzw. ihre Suborganisationen ist (im Internet: www.nazi-lauck-nsdapao.com). Die ideologische und organisatorische Differenz zwischen Skinheads als heterogener Jugendsubkultur und straff organisierter nationalsozialistischer Organisation ist eine strategische Chance, an der Interventionen ansetzen sollten. Es gilt, die Verbindung zwischen beiden Szenen zu unterbrechen oder besser präventiv zu verhindern.

Das ist leicht gesagt und, wie die Erfahrung zeigt, schwer zu leisten. Die Frage ist, ob eine Verbotspolitik überhaupt eine Chance hat. Selbst der Kampf im Internet um Propaganda-Sites scheint für die Szene eher eine Herausforderung als eine Entmutigung darzustellen. In den Web-Sites der NSDAPAO gibt es eine Anleitung zum Öffnen gesperrter Sites; in antifaschistischen Gruppen auch Anleitungen zum Sperren.

Aus der Sicht unserer Forschungsergebnisse ergibt sich ein Hinweis, der – ergänzende – Maßnahmen auf ganz anderer Ebene nahelegt.

Die Zuschreibung Rechtsradikalismus an die gewalttätigen und fremdenfeindlichen Schläger sollte überdacht werden. Um das zu begründen, sollen zunächst zwei Einschätzungen nebeneinander gestellt werden.

- Die Skinhead-Bewegung Kenner der Skinhead-Bewegung weisen darauf hin, dass Gewalt und Fremdenfeindlichkeit ihre Bedeutung historisch

im Rahmen des sozialkritischen proletarischen Protests gegen Einwanderung, und zwar nicht in Deutschland, sondern in England, gewonnen haben. Der größte Teil der Skins interpretiert die eigene Musikszene, die gemeinsame Mitte aller Skins, nach wie vor in dieser Tradition. Zwischen dieser Position und einer rechtsextremen politischen Einstellung gibt es bedeutsame Differenzen, die sich vor allem auf die mit dem Begriff Rechtsextremismus nahegelegten, aber in der Szene überhaupt nicht thematisierten (staats-) politischen Überzeugungen beziehen.

- Die Analyse der antidemokratischen Einstellungen bei Jugendlichen in Europa Unsere Ergebnisse besagen, dass antidemokratische Einstellungen und gewaltbereite Ausländerfeindlichkeit in den Vorstellungen der Jugendlichen nicht zusammengehören. Dass es sich um Einstellungen verschiedener Gruppen handelt, darauf weist auch der unterschiedliche Bildungshintergrund der Gewaltbereiten und der Antidemokraten hin: Die einen stammen weitgehend aus den nicht-gymnasialen Bildungsgängen, die anderen kommen zu reichlich einem Drittel aus dem Gymnasium.

Wir haben es demnach bei den Gewalttätigen mit Jugendlichen zu tun, die ein sozialkritisches Anliegen mit menschenverachtenden Mitteln vertreten, denen aber der ideologische Zusammenhang des Faschismus

kaum gegenwärtig und im ersten Ansatz auch nicht naheliegend ist. Sekundär aber bietet das Thema Ausländerfeindlichkeit einen Ansatzpunkt, an dem faschistische politische Organisationen Einfluss auf diese Szene gewinnen können. Im Argumentationszusammenhang der NSDAPAO wird das Feindbild Ausländer ideologisch überhöht, indem es in nationalistischen Kontext gerückt und zum staatlichen Anliegen erklärt wird. Zugleich wird der Skandalisierungseffekt wirksam gesteigert, ein sehr erwünschtes Ziel aus der Sicht der Tätergruppe.

Die Nachricht der Medien, ein Ausländer sei von jugendlichen Schlägern verletzt worden, ist im In- und Ausland ein Indikator für den aktuellen Stand der Rechten in Deutschland. Aufgrund der historischen Situation unseres Landes ist damit ein ganzes System von Reaktionen aufgerufen. Die politische Prominenz nimmt Stellung, das Ausland registriert, Vereinigungen wie der Zentralrat der Juden und antifaschistische Gruppen nehmen Stellung. Dies ist aufgrund der Interpretation notwendig und richtig, aber es ist bei der Abwehr der rechten Infiltration strategisch verhängnisvoll. Was der Warnung und Zurückweisung dienen soll, ist zugleich der Motor, der das Abzuwehrende am Laufen erhält.

Die Frage, die zu beantworten ist: Gibt es einen anderen Weg, die ausländerfeindliche Gewalt zu der schwerwiegenden Botschaft zu erheben,

die wir damit verbinden wollen? Mein verstorbener Kollege Bernhard Kraak hat in diesem Zusammenhang auf die Thematik der Menschenrechte verwiesen, die nach seiner Auffassung in Deutschland politisch noch zu schwach vertreten ist. Rassistische und ausländerfeindliche Taten sind vorbehaltlos und ohne Interpretation zunächst Verstöße gegen die Menschenrechte. Ein Beispiel: Ob es seinerzeit in Rostock Lichtenhagen um die Räumung eines Wohnviertels nach unhaltbaren Zuständen oder um ausländerfeindliche Aggression ging, bleibt eine wichtige Frage; aber ohne die Antwort abzuwarten, ist die Feststellung angebracht, dass sowohl die Bewohner des Viertels als auch die angereisten Skins die Menschenrechte grob verletzt haben und schuldig geworden sind.

Wir haben Anlass festzustellen, dass gewalttätige ausländerfeindliche Schläger zur Vertretung einer menschenrechtswidrigen Auffassung Handlungen wählen, die Menschenrechte verletzen. Wenn uns die Thematik der Menschenrechte so kostbar ist, wie es ihr zukommt, dann kann uns diese Kritik niemals zu schwach sein. Es ist die Kritik, die den Sachverhalt trifft. Sie trennt ihn auch nicht ab von der Diskussion um Rechtsextremismus, aber sie kann den Weg ebnen, diese Diskussion in die mittelbare Verarbeitung zu rücken und damit den Einzelfall aus der strategischen Ambivalenz von Brandmarkung und Unterstützung der falschen Seite zu entlassen.

Zusammenfassend noch einmal die Argumentationslinie dieses zweiten Ansatzpunktes:

Unsere Ergebnisse besagen, dass ausländerfeindliche jugendliche Schläger (in der breiten Tendenz) keinen unmittelbaren Zugang zu nationalsozialistischer Ideologie haben. Sie werden umworben und schließlich eingesetzt von nationalsozialistischen Gruppierungen, die wohl organisiert sind. Die plakative Ergänzung der Skinhead Aktionen durch nationalsozialistische Symbolik ist die Folge. Sie bewirkt zwangsläufig einen Skandalisierungseffekt, der propagandistisch wirk-

sam und von der Tätergruppe erwünscht ist. Die (angebrachte) Skandalisierung sollte daher in andere Richtung gelenkt werden, indem die Taten an den Menschenrechten gemessen werden. Dies ist der Diagnose des Sachverhalts angemessen, und dies schwächt den Nutzen, den die Skinhead-Bewegung für die organisierte rechtsextremistische Propaganda hat.

Dieser Vorschlag wendet sich an die Medien und die Politik. Die Kritik an wach-

sender rechter politischer Einstellung darf durch diese Korrektur nicht geschwächt, sie sollte aber außer an die rassistischen und fremdenfeindlichen Schläger auch an eine weitere Adressatengruppe gerichtet werden. Politik und Medien müssen sich weiter verstärkt mit den in Teil 1 beschriebenen antidemokratisch eingestellten Jugendlichen befassen, deren auf das staatliche System bezogene Überzeugungen in wenigen Jahren für das politische Klima wirksam werden. ■

Das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Am 8. November 2000 beschloss das Bundeskabinett, ein Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu beantragen. Bundestag und Bundesrat schlossen sich an. Die entsprechenden Anträge auf **Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD** wurden dann im Januar und März dieses Jahres gestellt.

Da es sich, nach den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes aus den Jahren 1952 (Verbot der Sozialistischen Reichspartei/SRP) und 1956 (Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands/KPD) erst um das **dritte Verfahren dieser Art** in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland handelt, erscheint es uns, auch vor dem Hintergrund des aktuellen tagespolitischen Interesses, von entsprechender Bedeutung, einmal näher auf das Verfahren einzugehen.

Aufgrund des sogenannten **Parteienprivilegs des Artikels 21 Grundgesetz (GG)** darf die **Feststellung des Verbots einer verfassungswidrigen politischen Partei** ausschließlich durch das Bundesverfassungsgericht erfolgen. **Antragsberechtigt** sind nur die Bundesregierung, der Bundestag, der Bundesrat sowie die Regierungen der Bundesländer, soweit der Wirkungsbereich einer Partei auf ein Bundesland beschränkt ist.

Solange eine entsprechende Entscheidung des Gerichtes nicht erfolgt ist, darf der Staat gegen eine extremistische Partei keinerlei Maßnahmen ergreifen. Vor allem darf er sie nicht in ihrer politischen Arbeit behindern. Der Grund für diese hohen Anforderungen liegt in der besonderen Bedeutung, die den Parteien durch die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) im Hinblick auf

den für eine Demokratie wesensnotwendigen Meinungs- und Willensbildungsprozess der Bevölkerung beigemessen wird (**sog. Parteienprivileg**). Selbst extremistischen Parteien muss daher **vorrangig** durch politische Diskussionen, Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit begegnet werden.

Die Gründer der Bundesrepublik Deutschland haben – im Grundgesetz und ergänzend in sonstigen Rechtsnormen – Vorkehrungen zur Sicherstellung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung getroffen. Man spricht daher im Allgemeinen von einer „**wehrhaften Demokratie**“, zu deren Schutzmechanismen auch das **Verbot von Parteien** und sonstigen Vereinigungen wegen verfassungswidriger Aktivitäten zählt.

Der **Verbotsantrag** stellt u. a. auf die Ablehnung des Grundgesetzes durch die NPD, die Feindschaft gegenüber Demokratie und Rechtsstaat, die Fremdenfeindlichkeit, die Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und das aktiv kämpferische Verhalten und die Gewaltbereitschaft ab (nähere Informationen hierzu unter www.bmi.bund.de).

Mit den Anträgen der drei genannten Verfassungsorgane ist das **mehrstufige Verbotsverfahren** eingeleitet worden. In einem **Vorverfahren** durch den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes wurde der NPD Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Das Gericht hatte dann zu prüfen, ob die Formalien in Ordnung sind und der Antrag (die drei Anträge wurden in ein Verfahren zusammengefasst) hinreichend begründet ist.

Wäre das Bundesverfassungsgericht zu dem Ergebnis gelangt, dass die

genannten Voraussetzungen nicht gegeben waren, dann wäre das Verbotsverfahren damit beendet.

Am **1. Oktober 2001** hat das Bundesverfassungsgericht (2. Senat) beschlossen, dass „die **Verhandlung** über die Anträge des Deutschen Bundestages, des Bundesrates und der Bundesregierung, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) für verfassungswidrig zu erklären, **durchzuführen ist**“. Das Gericht kann daher nun zur Vorbereitung der mündlichen Verhandlung (zugleich **Beginn des Hauptverfahrens**), eine **Voruntersuchung** anordnen. In dieser führt ein Richter des Ersten Senats die Ermittlungen, um den Zweiten Senat vor Befangenheitsanträgen zu schützen.

In der **mündlichen Verhandlung** und den **Beratungen des Zweiten Senats** ist nun die **entscheidende Frage** zu klären, ob die NPD eine Partei ist, die, gemäß Artikel 21 Abs. 2 GG, nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgeht, die **freiheitliche demokratische Grundordnung** zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden.

Die **freiheitliche demokratische Grundordnung** ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum **Verbot der SRP vom 23. Oktober 1952** im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG eine Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit darstellt. Zu den **grundlegenden Prinzipien** dieser Ordnung sind mindestens zu rechnen:

die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Die **Bedeutung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung** oder einzelner ihrer Elemente lässt sich sehr schnell erkennen, wenn man sich die Konsequenzen ihres Fehlens überlegt. Was wäre beispielsweise, wenn der Staat nicht verpflichtet wäre, die Menschenrechte zu achten; wenn die Verwaltung die Gesetze und das Grundgesetz missachten dürfte oder wenn es überhaupt nur eine Partei geben dürfte, die befugt wäre, alle Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse allein zu bewerkstelligen. Von einer freiheitlichen Demokratie könnte dann sicherlich nicht mehr gesprochen werden.

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum **Verbot der KPD vom 17. August 1956** ist eine Partei nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt; es muss vielmehr eine **aktiv kämpferische, aggressive Haltung** gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen.

Im Anschluss an die Beratungen des Zweiten Senats kommt es dann zu einem **Urteil**.

Stellt das Bundesverfassungsgericht die **Verfassungswidrigkeit der NPD** fest, wird die Partei verboten und aufgelöst. Damit verbunden ist das Verbot der Gründung einer Ersatzorganisation.

Andernfalls erweist sich der **Verbotsantrag** als **unbegründet**. ■



Heinz Fromm wurde am 10. Juli 1948 in Frieda (Hessen) geboren. Nach seinem Abitur studierte er an der Justus-Liebig-Universität Gießen und legte 1975 nach dem Referendariat am Landgericht Kassel die zweite juristische Staatsprüfung ab. In seinem darauf folgenden beruflichen Werdegang war er u.a. von 1979 bis 1980 persönlicher Referent des hessischen Justizministers und von 1986 bis 1991 in leitender Funktion für den hessischen Justizvollzug tätig. 1991 wurde er zum Direktor des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen ernannt und leitete die Landesbehörde bis 1993. Anschließend war er bis 1999 Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern, bevor er von 1999 bis 2000 die Leitung der Justizvollzugsanstalt Kassel I übernahm. Seit Juni 2000 ist Heinz Fromm Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Es ist großes Interesse an einem weiteren Konzept gegen rechtsextremistische Tendenzen festzustellen: am so genannte **Aussteigerprogramm**. Dazu gab und gibt es sowohl Zustimmung, aber auch Kritik. Sachliche Information ist notwendig. Den folgenden Beitrag „aus erster Hand“ schrieb auf Anfrage der Redaktion der Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heinz Fromm.

Das Aussteigerprogramm des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Der starke Anstieg der rechtsextremistisch motivierten Straf- und Gewalttaten in der zweiten Hälfte des Vorjahres führte zu einer intensiven öffentlichen Diskussion über Mittel und Wege der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Es entstanden zahlreiche Initiativen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, in denen sich Bürger, Staat und Medien im Kampf gegen Hass und Intoleranz zusammenfanden.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) startete – neben seiner eigentlichen Aufgabe, der Beobachtungs- und Analysetätigkeit – im April dieses Jahres ein Programm, das hierzu einen besonderen Beitrag leisten sollte. Ausgangspunkt des sog. Aussteigerprogramms war die Überlegung, dass nicht jede rechtsextre-

mistische „Karriere“ endgültig sein muss; vor allem jugendliche Rechtsextremisten sind änderungsfähig und dürfen von der demokratischen Gesellschaft nicht aufgegeben werden. Die Einbindung in rechtsextremistische Gruppen ist oft nur ein vorübergehender Abschnitt in ihrer Sozialisation. Ideologische Zweifel, neue menschliche Bindungen, berufliche Entwicklungen, Geldprobleme, Strafverfolgung – die Gründe, die Rechtsextremisten darüber nachdenken lassen, die Szene zu verlassen, sind vielfältig. Auf der anderen Seite erscheint für viele die Schwelle zum Ausstieg zu hoch, um diesen Schritt aus eigener Kraft zu tun: Mutlosigkeit, geistige Unbeweglichkeit, Gruppendruck und Angst vor Repressalien sind für viele scheinbar unüberwindbare Hindernisse.

Konzept

Hier setzt das Aussteigerprogramm des BfV an, indem es „Hilfe zur Selbsthilfe“ anbietet. Ausstiegswillige Rechtsextremisten erhalten von besonders geschulten BfV-Mitarbeitern Beratung und konkrete Hilfeangebote, z.B. Hinweise, wie sie sich aus ihrem sozialen Umfeld lösen können, Unterstützung bei der Arbeits- oder Wohnungssuche oder bei einem evtl. erforderlichen Umzug, Herstellung von Kontakten zur Justiz – bei drohenden Strafverfahren – oder zu anderen Stellen, wie Sozial-, Jugend-, Arbeitsämtern oder Schuldnerberatungsstellen. In Einzelfällen werden auch finanzielle Hilfen gewährt, beispielsweise Ersatz von Reisekosten oder Übernahme eines Teils der Aufwendungen für einen Umzug. Allerdings nichts mit der Wirklichkeit zu tun hat die mitunter in der Öffentlichkeit erhobene Behauptung, der Verfassungsschutz ermuntere zum Einstieg in den Rechtsextremismus, weil er anschließend den Ausstieg mit hohen Prämien finanziere. Wer sich an den Verfassungsschutz in der Erwartung einer Prämienzahlung wendet, wird enttäuscht sein. Um für ausstiegswillige Rechtsextremisten jederzeit ansprechbar zu sein, hält das BfV eine rund um die Uhr besetzte „Hotline“ bereit. Die Kontakttelefonnummer (0221-72962) wurde in den regionalen und überregionalen Medien verbreitet. Den Anrufern wird im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten Vertraulichkeit zugesichert. Nach dem Kontaktruf wird je nach Einschätzung der Ausstiegswilligen ein Treffen mit einem Beratungsteam vereinbart, das die weiteren Einzelheiten mit dem Kandidaten bespricht. Das BfV erwartet ganz bewusst von potenziellen Aussteigern, dass sie sich zu einem persönlichen Gespräch im BfV in Köln oder – sofern sie in den ostdeutschen Ländern wohnen – in der Außenstelle des BfV in Berlin einfinden. Darüber hinaus werden – dies ist der

zweite, „aktive“ Teil des Programms – solche Führungspersonen und Aktivistinnen der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene gezielt angesprochen, bei denen Indizien für ein Interesse an der Lösung aus der Szene sichtbar geworden sind. Vor allem bei diesem Personenkreis steht der persönliche Schutz der Ausstiegswilligen im Mittelpunkt der Bemühungen.

Das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten ist nicht mit dem Aussteigerprogramm des BfV für links-extremistische Terroristen in den 80er Jahren vergleichbar. So gibt es im Rechtsextremismus keine abgetauchten Terroristen, die – wie die Mitglieder der „Rote Armee Fraktion“ – im Untergrund gelebt haben.

Ergebnisse

Bis zum 31. August 2001 waren 680 Anrufe auf der Hotline eingegangen, darunter Journalisten, Neugierige, Sozialarbeiter, Familienangehörige von Rechtsextremisten, auch Personen, die offensichtlich nur provozieren wollten. In einigen Fällen meldeten sich Inhaftierte auf der Hotline, die sich Hilfestellung für die Zeit nach der Haft versprochen, weil sie fürchteten, nach der Entlassung wieder in die rechtsextremistische Szene „abzurutschen“, in anderen Fällen haben sich Rechtsanwälte von Ausstiegswilligen wegen laufender Ermittlungsverfahren an das BfV gewandt. Ca. 140 der Anrufer wurden als zunächst potentiell ausstiegswillige Rechtsextremisten eingestuft. Mit rund 35 Ausstiegswilligen sind persönliche Gespräche geführt worden, weitere werden folgen. Da die Ernsthaftigkeit der

Ausstiegsabsicht sich oft anfangs noch nicht zuverlässig beurteilen lässt, haben wir uns eine resümierende Bewertung der Ergebnisse erst für einen späteren Zeitpunkt vorgenommen. Vor allem die Realisierung des zweiten Teils des Programms – die systematischen Ansprachen von rechtsextremistischen Führungspersonen – ist mit größeren Schwierigkeiten verbunden und deshalb insgesamt längerfristig angelegt.

Gesagt sei hier nur soviel, dass mit Unterstützung des BfV bereits in einigen Fällen ein Ausstieg aus dem Rechtsextremismus erfolgreich eingeleitet werden konnte. Hilfestellungen erhielten Personen aus allen Spektren der rechtsextremistischen Szenen. Unter ihnen befinden sich Ausstiegskandidaten aus den Bereichen der gewaltbereiten Skinheads, der Neonazis, wie auch der rechtsextremistischen Parteien. Die Erfahrungen des BfV haben die Erwartung bestätigt, dass das BfV alleine nicht alle erwarteten Hilfestellungen leisten kann, sondern für eine konkrete Betreuung im Einzelfall ein Hilfsnetz erforderlich ist. Hier ist das BfV auf Hilfe der jeweiligen Landesbehörden angewiesen, die Verbindungen zu örtlichen Behörden oder Hilfeeinrichtungen aufbauen können. So konnten inzwischen einige Personen an Aussteiger-Programme anderer Behörden vermittelt werden.

Reaktionen in der rechtsextremistischen Szene

Mit Einrichtung der Hotline wurde in rechtsextremistischen Medien – so im „Nationalen Info-telefon (Hamburg)“ – wiederholt gegen das Aussteigerprogramm polemisiert.



Am 2. Juni führte der Hamburger Neonazi Christian Worch in Karlsruhe eine Demonstration mit etwa 400 Teilnehmern unter dem Motto „Der Widerstand lässt sich nicht kaufen. Zivilcourage zeigen – nicht aussteigen“ durch. In einem auch im Internet verbreiteten Aufruf „Unser Ausstiegsangebot“ fordern führende Neonazis ihrerseits „Spitzel des Verfassungsschutzes“ auf auszusteigen, um so einer Enttarnung zuvorzukommen. Gleichzeitig boten die Unterzeichner an, sich einem Lügendetektor zu unterziehen zu lassen. Dies lässt den Schluss zu, dass das Aussteigerprogramm zumindest teilweise auch zu einer Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene geführt hat.

Fazit

Beim Rechtsextremismus handelt es sich um ein Problem, das unterschiedliche Maßnahmen auf allen Feldern staatlichen und gesellschaftlichen Handelns erfordert. Das Aussteigerprogramm des BfV ist ein Beitrag der Verfassungsschutzbehörden zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Selbstverständlich kann das Programm keine Wunder bewirken. Aber zusammen mit anderen staatlichen und privaten Initiativen ist es ein Zeichen der Stärke der demokratischen Gesellschaft: Der Rechtsstaat geht konsequent gegen den organisierten Rechtsextremismus vor, ohne den Einzelnen verloren zu geben. ■



Ein Blick über die „Grenzen“ Rechtsextremismus in Schweden

Vortrag von Torbjörn Ekblom¹
im Rahmen der BKA-Herbsttagung 2000 in Wiesbaden

Der schwedische Rechtsextremismus war im vergangenen Jahrzehnt von zwei Phänomenen geprägt: Rassenideologie und extremem Nationalismus. Letzterer ist außerparlamentarisch ausgerichtet und wird gewöhnlich als sogenannte *White Power Bewegung* bezeichnet.

Die *White Power Bewegung* stellt aktuell die größte Bedrohung dar. Die ihr zuzurechnenden Gruppierungen sind, was Mitgliederzahl und geographische Verteilung angeht, allmählich gewachsen.

Entwicklungen in der schwedischen *White Power Bewegung* sind traditionell stark von rassenideologischen Entwicklungen in den USA beeinflusst. Der der Bewegung zuzurechnende Personenkreis lässt sich von rassistischen Kriegerromanen wie zum Beispiel William Pierce' „Turner Tagebüchern“ inspirieren, die sich in der Szene großer Beliebtheit erfreuen. Vor diesem Hintergrund ist eine stetig zunehmende Organisierung der hiesigen *White Power Bewegung* in kleinen Zellen und Netzwerken nach dem Prinzip des führerlosen Widerstandes festzustellen. Diese Organisationsform stellt eine ernst zu nehmende Bedrohung dar, zumal plötzliche Aktivitäten und schwere Straftaten, die vorab nur einem kleinen Personenkreis bekannt sind, schwer vorherzusagen und im Rahmen von Präventivmaßnahmen kaum abzuwenden sind.

Die Bewegung hat sich von einer nationalistischen zu einer internationalistischen Bewegung hin entwickelt, was

sich insbesondere in ihrer Musik widerspiegelt. Aktivitäten seitens der *White Power Bewegung* zielen letztendlich auf eine revolutionäre Übernahme der Macht zur „Rettung der Weißen Rasse“ ab. Das Konzept einer weltweiten jüdischen Verschwörung mit einer zionistischen Besatzungsregierung *ZOG (Zionist Occupation Government)* stellt ein wichtiges und einigendes Element der rassistischen Bewegung dar. Aktivisten der rassistischen Untergrundkultur glauben, dass die Medien, die Polizei, die Staatsanwaltschaften und so weiter von den Juden kontrolliert werden.

Auf internationaler Ebene gibt es einen regen Austausch in der *White Power Bewegung*. Aktivisten unterschiedlicher Nationalität treffen sich in Schweden und im Ausland zu *White Power* Konzerten, politischen Veranstaltungen und Demonstrationen. In jüngster Zeit wird das Internet zunehmend zu einem Forum der Anhänger der *White Power Bewegung* in der ganzen Welt.

Schwerkriminelle gehören ebenfalls zu den *White Power Netzwerken*. Die 1996 nach ausländischem Vorbild gegründete Arische Bruderschaft *Ariska Brödraskapet (AB)* besteht aus einer Reihe extrem gewaltbereiter Personen mit umfangreichem Vorstrafenregister. Die Mehrzahl von ihnen verbüßt aktuell Freiheitsstrafen wegen schwerer, politisch motivierter Straftaten. Mitglieder und Sympathisanten der Bruderschaft schließen sich immer enger der Szene krimineller Motorradbanden an.

Juden, Homosexuelle und Einwanderer sind seit langem Zielscheibe der Rechts-

¹ Torbjörn Ekblom ist leitender Beamter im Bereich der polizeilichen Nachrichtenbeschaffung in Schweden

extremisten. In jüngster Zeit beginnt sich das Bild jedoch zu wandeln. Die *White Power Bewegung* nimmt jetzt verstärkt auch die demokratische Gesellschaft und Behörden- und Medienvertreter ins Visier. Beispiele für diese Entwicklung sind der versuchte Mord an einem Polizisten, die Ermordung zweier Polizeibeamten in Mittelschweden, der Autobombenanschlag in Stockholm, bei dem ein Journalist und sein Sohn verletzt wurden, sowie der Mord an einem Gewerkschafter in Stockholm.

White Power Propaganda

White Power Musik spielt in der rassistischen Untergrundkultur eine tragende Rolle. Möglicherweise ist sie das Hauptpropagandamedium rassistischer Aktivisten. Zudem verschafft die Musikindustrie der Bewegung eine nicht unbedeutende Einkommensquelle. Der Kriminologe Mark Hamm hat die Bedeutung von Musik für diese Gruppen in seiner Studie zu amerikanischen Skinheads eingehend untersucht und kommt zu dem Ergebnis, dass *White Power Musik* die ideologische Botschaft transportiert und junge Menschen zum „Terrorismus“ verführe. Was die Produktion und den Vertrieb von *White Power Musik* angeht, gehört Schweden international zu den Marktführern. Der Verkauf von Musik und anderen Produkten stellt für die rassistische Untergrundkultur ein wichtiges finanzielles Standbein dar.

Neben der Musik sind Magazine ein wichtiges Medium zur Verbreitung rassistischer Ideologien in der *White Power Bewegung*. Die Nutzung des Internet zu Propagandazwecken hat in den neunziger Jahren explosionsartig zugenommen. Die genaue Zahl der *Nazi-Websites* und *Webhotels*, die sich über die Jahre hinweg etabliert haben, ist angesichts des ständigen Wandels im Internet schwer zu schätzen. Durch die Möglichkeit des schnellen Informationsaustausches wird das Internet immer mehr zu einem Medium der Kommunikation und des *Net-*

working. Es bietet Extremisten zudem die Möglichkeit, ihre Bedeutung und Macht dadurch zu steigern, dass die Illusion einer Gruppe oder einer Organisation hinter bestimmten Botschaften hervorgerufen wird.

Der Globalisierungstrend und große Unterschiede in der Gesetzgebung verschiedener Länder haben das Internet für Anhänger zu einer Informationsbörse für illegale Propaganda werden lassen.

Gesetzgebung

Der Vorschlag eines Verbots von Nazi-Organisationen ist in Schweden vielfach diskutiert und verworfen worden. Ein Verbot würde angesichts der Tatsache, dass es sich eher um kriminelle Netzwerkstrukturen als um festgefügte Organisationen handelt, letztendlich kaum wirksam sein.

Unter Bezugnahme auf die Anti-Rassismus Konvention der UN wird immer wieder die Forderung erhoben, rassistische Organisationen in Schweden zu verbieten. Schweden kann sich dieser Interpretation nicht anschließen. Hiesiger Einschätzung zufolge erfüllt die schwedische Gesetzgebung die Anforderungen der Konvention, da Rassismus jedweder Art untersagt ist. Kernstück der hiesigen Gesetze zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ist Kapitel 16, Paragraph 8 des schwedischen Strafgesetzbuchs – *ethnisch-motivierte Agitation* –, der die Missachtung einer ethnischen Gruppe oder einer anderen Gruppe von Menschen aufgrund ihrer Rassenzugehörigkeit, Hautfarbe, Nationalität oder ethnischen Abstammung oder ihres Glaubens in mündlicher oder anderer Form unter Strafe stellt.

Der Straftatbestand der *ethnisch-motivierten Agitation* ist auch dann erfüllt, wenn derartige Äußerungen in Form von Druckerzeugnissen, Filmen, Aufnahmen oder anderen, im Gesetz über die Pressefreiheit und im Grundrecht auf freie Meinungsäußerung aufgelisteten Medien

erfolgen. Weiterhin ist der Straftatbestand der *ethnisch-motivierten Agitation* erfüllt, wenn die Verbreitung über das Internet geschieht.

Diese Strafrechtsbestimmung bedeutet, dass Äußerungen, die Drohungen oder Missachtung gegenüber einer ethnischen Gruppe oder ähnlichem beinhalten, und in einem anderen als sehr privaten Raum erfolgen, unter Strafe gestellt sind. Die Verbreitung derartiger Äußerungen in einer Vereinigung oder einem anderen begrenzten Umfeld ist ebenfalls gesetzeswidrig. Die strafrechtlichen Bestimmungen erstrecken sich nicht nur auf mündliche oder schriftliche Äußerungen, sondern auch auf Bilder und Gesten.

Das Tragen von Symbolen, die mit der Verfolgung der Juden und anderer ethnischer Gruppen durch die Nazis vor und während des Zweiten Weltkriegs in Verbindung gebracht werden können, kann den Straftatbestand der *ethnisch-motivierten Agitation* erfüllen. Es kam bereits zu Verurteilungen wegen des Tragens von Hakenkreuzen, des Zeigens des Hitlergrußes und „Sieg Heil“-Rufen.

Wer als Geschäftsmann einen Kunden aufgrund seiner Rassenzugehörigkeit, Hautfarbe, Nationalität oder ethnischen Abstammung oder seiner sexuellen Orientierung diskriminiert, macht sich der *gesetzeswidrigen Diskriminierung* schuldig.

Beleidigendes Verhalten gegenüber einer anderen Person unter Anspielung auf ihre Rasse kann zu einer Verurteilung führen.

Politisch motivierte und sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung einer Gesellschaft richtende Straftaten müssen bei der Bemessung des Strafmaßes durch die Gerichte zweifellos schwer wiegen. Zu den in Kapitel 29, Paragraph 2 des schwedischen Strafgesetzbuches aufgeführten erschwerenden Umständen zählen auch Fälle, in denen Menschen aufgrund ihrer Rasse, Haut-

farbe, Nationalität oder ethnischen Abstammung, Glaubenszugehörigkeit oder ähnlicher Umstände Schaden zugefügt wird. Diese Bestimmung wurde 1994 aufgenommen, um rassistisch-motivierte und ähnlich gelagerte Straftaten schärfer ahnden zu können.

Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Polizei und Staatsanwaltschaft sind seit Mitte der neunziger Jahre zunehmend sensibilisiert für rassistisch motivierte Straftaten. Der schwedische Sicherheitsdienst und andere Strafverfolgungsbehörden haben Zwangsmaßnahmen gegen der rechtsextremistischen Szene zuzuordnende Personen ergriffen. Die Regierung hat die Polizei bereits vor mehreren Jahren angewiesen, besonders gegen rassistisch-motivierte Straftäter vorzugehen. Eine Reihe von Behörden hat seither spezielle Aus- und Fortbildungsprogramme aufgelegt.

Das *National Police Board* (Polizeiaufsichtsbehörde) inspiziert seit mehreren Jahren Polizeidienststellen im Hinblick auf die Verfolgung rassistisch motivierter Straftaten. Das Hauptaugenmerk bei Inspektionsmaßnahmen liegt auf der Sensibilisierung und der Fortbildung der Bediensteten im Bereich rassistische Gewalttaten und deren Hauptzielgruppen.

1997 hat die schwedische Regierung eine Aufklärungskampagne zum Thema „*Holocaust - Living History*“ initiiert. Von dem Buch mit diesem Titel wurden mehr als eine Million Exemplare bestellt. Auch international war das Buch ein Bestseller und wurde vielfach gelobt.

Der Schwedische Sicherheitsdienst

Zu den Aufgaben des Sicherheitsdienstes gehört auch das Sammeln von Informationen über Organisationen, Gruppen oder Personen mit rassistischem

oder fremdenfeindlichem Bezug. Die Behörde analysiert sachdienliche Informationen, reichert sie an und stellt sie den entsprechenden Polizeidienststellen zur Verfügung.

Die Abteilung Verfassungsschutz des Sicherheitsdienstes hat sich in den letzten Jahren schwerpunktmäßig mit der Erstellung von Lagebildern und der Bekämpfung rechtsextremistischer Gruppierungen befasst. Die Sicherheitsbehörde liefert der regulären Polizei als Grundlage für operative Maßnahmen in immer größerem Umfang Informationen an. In Sonderfällen sind *Task Forces* eingesetzt worden, wobei der Sicherheitsdienst mit Observationsmaßnahmen, *Intelligence*-Sammlung und Auswertung unterstützt hat. Dank des energischen und kraftvollen Einsatzes aller beteiligten Stellen konnte ein hoher Prozentsatz von Straftaten mit rechtsextremistischer Motivation aufgeklärt und die Täter vor Gericht gestellt und abgeurteilt werden.

Seit 1993 erstellt der Sicherheitsdienst Statistiken über der Polizei gemeldete und von der Abteilung Verfassungsschutz ausgewertete Straftaten. Die offizielle Statistik listet nicht nur alle Straftaten fremdenfeindlicher, rassistischer, homophober oder antisemitischer Prägung auf, sondern auch politisch motivierte Straftaten innerhalb der linksautonomen Bewegung oder der *White Power Bewegung*. 1999 wurden in Schweden insgesamt 2.362 Straftaten mit rassistischer beziehungsweise fremdenfeindlicher Motivation gemeldet.

Der von der Regierung und Wissenschaftlern hochgelobte Bericht stellt ein wichtiges Instrumentarium im Kampf der schwedischen Behörden gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dar.

Der Sicherheitsdienst verfolgt rassistische und antisemitische Propaganda seitens der *White Power Bewegung* mit besonderer Aufmerksamkeit. Das Internet und *White Power Musik* werden haupt-

sächlich zu Propagandazwecken benutzt. Der Sicherheitsdienst hat in Zusammenarbeit mit dem *National Police Board* einen Aktionsplan erarbeitet, der auch Maßnahmen gegen von rechtsextremistischen Gruppierungen veranstaltete Konzerte und Demonstrationen enthält. Derartige Veranstaltungen finden seither praktisch nicht mehr statt. Zum polizeilichen Maßnahmenkatalog gehören Präsenz vor Ort bei Konzerten und Störung der Vorbereitungen zu solchen Veranstaltungen, wodurch die Ausrichter dazu gebracht werden, von der Durchführung Abstand zu nehmen. Beim *White Power Konzert* in Stockholm im Jahr 1998 wurden etwa 300 Personen wegen Unruhestiftung und ethnischer Agitation festgenommen. Vier Ausländer wurden wegen Zeigens des Hitlergrußes und „Sieg Heil“-Rufen zu jeweils einem Monat Gefängnis verurteilt.

In den Folgejahren bat der Sicherheitsdienst, oft in Zusammenarbeit mit anderen Behörden, Maßnahmen gegen die Produzenten und Vertrieber rassistischer Propaganda ergriffen. Exekutivmaßnahmen gegen Organisationen und Firmen gingen in der Regel umfangreiche Observationen und spezielle Analysetätigkeit (*„crime mapping“*) voraus. In den letzten drei Jahren wurden bei den beiden führenden Vertriebern rassistischer Propaganda mindestens einmal im Jahr Razzien durchgeführt.

Der Sicherheitsdienst ermittelt auch in Fällen von Verstößen gegen die Pressefreiheit und gegen das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung mit rassistischer oder fremdenfeindlicher Komponente. In derartigen Fällen ist der Justizminister Herr des Verfahrens.

Das Büro des Generalstaatsanwalts legte im Dezember 1999 einen Aktionsplan mit einem weiteren Maßnahmenpaket zur Bekämpfung rassistischer und fremdenfeindlicher Straftaten vor. Der Plan schreibt die Bearbeitung von Straftaten mit dieser Motivlage durch einen

Sonderstaatsanwalt vor. Im Frühjahr dieses Jahres wurde ein spezielles Ausbildungsprogramm für Staatsanwälte, die in diesem Bereich arbeiten, aufgelegt. In Zusammenarbeit mit der Polizei soll zudem erhoben werden, in welchem Umfang rassistische und fremdenfeindliche Texte mit Bezug zu Schweden im Internet erscheinen und welche Interventionsmöglichkeiten den schwedischen Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung stehen.

Im Rahmen der Bekämpfung rassistischer, fremdenfeindlicher und homophober Straftaten hat das *National Police Board* eine spezielle Strategie entwickelt. Ziel ist die bestmögliche Information Polizeibediensteter über die Hintergründe derartiger Straftaten sowie über die Situation der Opfer.

Der Strafvollzug erarbeitet ebenfalls eine Strategie, die darauf abzielt, Gefängnisinsassen davon abzuhalten, während ihrer Haftzeit rechtsextreme Netzwerke aufzubauen.

Schließlich hat die Regierung eine Kommission eingesetzt, die sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befasst:

- Optimierung der Gesetzgebung im Bereich gesetzeswidriger Diskriminierung;
- Möglichkeit der Poenalisierung von gegen Homosexuelle gerichteter Agitation;
- Verbesserung gesetzlicher Maßnahmen gegen und Einziehung von *White Power Musik* Erzeugnissen. ■

Im Zusammenhang mit den verheerenden Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001 ist in den letzten Wochen – und wird wohl noch lange – über Hintergründe, Zuordnungen und Begriffe diskutiert. Speziell der Islam als eine der fünf großen Weltreligionen und die fanatische Orientierung der Islamisten haben dabei viele Fragen aufgeworfen. VS-aktuell hat sich dieses Themas angenommen und versucht nachfolgend – allerdings in gebotener Kürze – einige wichtige Begriffe zu erhellen.

Teil 1:

Begriff: Islam

Das arabische Wort „Islam“ bedeutet wortwörtlich „Hingabe“ (an Gott). Ein Muslim ist demnach ein Mensch, der sich Gott zuwendet und sich ihm völlig ergibt (Muslim = der sich Ergebende). Der Islam ist die jüngste der drei großen monotheistischen (= Glaube an einen Gott) Weltreligionen (Christentum, Judentum, Islam).

Ursprung und Verbreitung des Islam

Begründer des Islam ist der Prophet Mohammed (geb. um 570 in Mekka; gest. 632 in Medina). Am Anfang des 7. Jh. – um 610 – hatte dieser seine erste Offenbarung. Zu dieser Zeit war die arabische Halbinsel polytheistisch geprägt. Die Zeit der „Vielgötterei“ wurde von den Muslimen später die Zeit der „Unwissenheit“ genannt. Man betete zu Steinen, Bäumen, Sternen und zu Haupt- und Nebengöttern. Mohammed ist der erste, der nicht einen Gott („ilah“) sondern „den Gott“ („al-ilah“ = Allah) verkündet. Durch diese Verkündung greift er die bestehende Ordnung des Polytheismus an. Mohammed richtete seine Gebete auf den Tempel in Mekka (Saudi-Arabien) aus und betete zu Allah, dem einzigen Gott. Der Prophet Mohammed gilt als Mensch und nicht als Sohn Gottes. Nach seinem Tod verbreitete sich der Islam rasch, v.a. nach Osten und nach Westen. Heute ist der Islam die Mehrheitsreligion von Indonesien, Zen-

tralasien, dem Mittleren Osten und Nordafrika mit weltweit über einer Milliarde Anhänger.

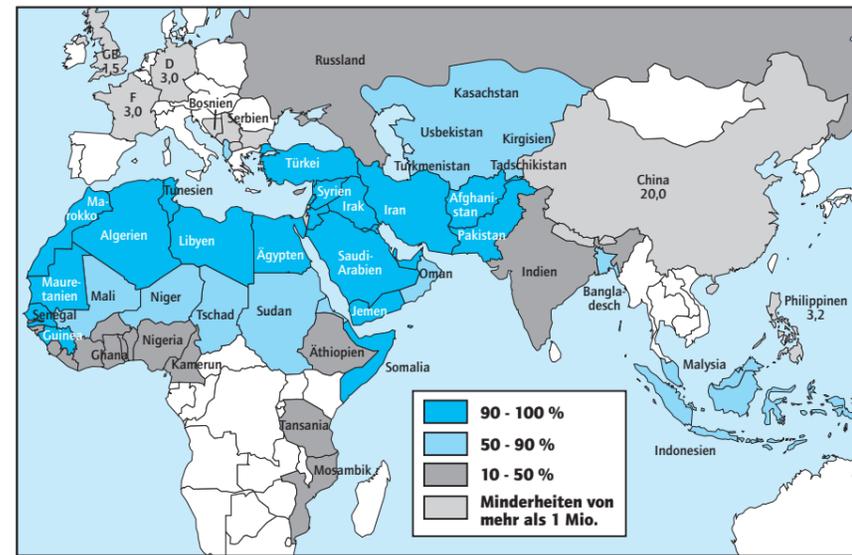
Koran

Der in arabisch niedergeschriebene Koran (= Lesung, Vortrag, Verkündigung) ist das heilige Buch der Muslime. Darin stehen die Offenbarungen Mohammeds, die für die Gläubigen gleichbedeutend mit dem Wort Gottes sind. Der Koran besteht aus 114 Abschnitten (= Suren) und ist außerdem in Ayat (=Verse) eingeteilt. Neben den Offenbarungen von Mohammed sind auch eine Vielzahl von Bestimmungen für den einzelnen und die Gemeinschaft enthalten, die über den Glaubensansatz hinaus das tägliche Leben regeln. So bildet er die Grundlage von Religion, Kultur und Politik und ist damit eine Richtlinie für jedes menschliche Handeln. Der Islam ist „der wahre Endglaube“ und Mohammed ist derjenige, der „den unverfälschten Glauben“ verkündet.

Hauptströmungen des Islam

Bereits einige Jahrzehnte nach dem Tod Mohammeds kam es zur ersten Spaltung der Gemeinschaft der Moslems in die Sunniten (abgeleitet vom Begriff „Sunna“), die heute mit ungefähr 85-90% der Muslime die Hauptströmung bildet, und in die Schiiten (10-15%). Auslöser war die Frage nach dem rechtmäßigen Nachfolger Mohammeds.

¹ Sunna: Vorbild und Weisung des Propheten und seiner Gefährten



Mit 1,2 Milliarden Gläubigen ist der Islam eine der Religionen mit der größten Anhängerschaft auf der Welt. Zum Vergleich: Es gibt rund 1,4 Milliarden Christen und 800 Millionen Hindus. Das Land mit dem größten muslimischen Bevölkerungsanteil ist Indonesien: Dort glauben 170 Millionen Menschen an Allah – das sind 80 Prozent der Einwohner. 136 Millionen Moslems leben in Pakistan, 115 Millionen in Bangladesch und 108 Millionen in Indien. Saudi-Arabien, das mit den heiligen Städten Mekka und Medina die Wiege des Islam darstellt, zählt 16 Millionen Muslime. Das Verbreitungsgebiet des Islam erstreckt sich von Nordafrika über die arabische Halbinsel bis nach Kasachstan im Norden und die Philippinen im Osten. Muslimische Minderheiten gibt es auch in den USA, in China und nicht zuletzt in Europa. In Deutschland leben drei Millionen Anhänger des mohammedanischen Glaubens, meist türkischer und jugoslawischer Abstammung.

Die Schiiten gelten bei Sunniten nicht als reine Monotheisten, weil sie Ali und die Imame² (und andere Heilige) besonders verehren. Der Koran wurde durch die Schiiten erst im 20. Jahrhundert anerkannt. Bis ins 19. Jahrhundert hinein galt er als verfälscht/gekürzt. Sie dürfen ihren Glauben zum Selbstschutz oder zum Schutz des Glaubens verleugnen. Neben diesen Hauptströmungen des Islam haben sich im Laufe der Jahrhunderte eine Vielzahl mitunter sektenhafter Neben- oder Einzelströmungen gebildet.

² Imam: Vorsteher des Gebetes

Teil 2:

Ideologie des gewaltbereiten islamistischen Extremismus

In allen Ländern mit muslimischer Bevölkerung bestehen islamistische Gruppierungen. Die Eigenbezeichnung „Islamisten“ steht für den politischen und gesellschaftlichen Anspruch dieser Bewegung. Der Islamismus ist das theoretische Fundament der Bewegung und wird auch als Fundamentalismus oder Integrismus bezeichnet.

Die islamistische Ideologie ist an den beiden Säulen Koran (als Verfassung) und Sunna (Sammlung von Schriften des Propheten Mohammed) orientiert. Da alle Gewalt von Allah ausgeht, gibt es keine Volkssouveränität. Die Regierenden vertreten Gottes Willen (Allah). Es gibt keine politischen Parteien und keine Opposition, denn das würde eine Opposition „gegen“ Allah sein. Das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit wird verneint.

„Heiliger Krieg“

Das arabische Wort „Dschihad“ bedeutet eigentlich „Sich Abmühen für die Sache Gottes“. Damit ist die religiöse Pflicht der Gläubigen gemeint, ihre Religion – notfalls auch mit Hilfe von Gewalt – zu verteidigen. Die terroristischen Fundamentalisten stellen dabei die Gewalt in den Vordergrund. Weltliche Kämpfe und Kriege um wirtschaftliche und politische Macht wurden jedoch erst im Laufe der islamischen Religionsgeschichte zum Dschihad hochstilisiert. Gerade durch die heutige wirtschaftliche und politische Übermacht des Westens begannen viele Moslems, ihr Heil in einer Rückbesinnung auf die Ursprünge des Islam zu suchen. Die politische Strömung des Islamismus bzw. des Fundamentalismus ist nur eine scheinbar einheitliche radikalislamische Bewegung, denn es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber,

Das Wesen des Islam

Fünf Eckpfeiler kennzeichnen das Leben eines Muslim:

1. das Glaubensbekenntnis (=Schahada) – „ich bezeuge, dass es keinen Gott gibt, außer Gott und dass Mohammed der Gesandte Gottes ist“
2. das tägliche Gebet (= Salat) – fünf Mal täglich; Freitag ist der Tag des gemeinsamen Gebets
3. das Fasten zur Zeit des Tageslichts im Monat Ramadan (= Saum)
4. die Almosensteuer (= Zakat)
5. die Pilgerfahrt nach Mekka (= Haddsch) – sollte einmal im Leben angetreten werden

wie diese Rückbesinnung erreicht werden soll. „Gemäßigte“ und „militante“ Islamisten verfolgen jedoch gemeinsam das Ziel der Errichtung eines islamischen Staates. Die bestehenden Ordnungen – auch die der freiheitlichen Demokratien – sollen durch die einzig gültige „islamische Ordnung“ ersetzt werden.

Die libanesische Hizb Allah (Partei Gottes)

Auf Betreiben des Iran wurde 1982 die schiitisch-extremistische libanesische Hizb Allah gegründet und 1985 im Libanon als Partei anerkannt. Vom Iran wird sie finanziell, materiell und ideologisch unterstützt. Die Hizb Allah kämpfte im Libanon für die Errichtung einer „Islamischen Republik“ nach dem Vorbild des Iran. Heute jedoch ist es vorrangiges Ziel, sich in das politische System des Libanon einfügen zu wollen. Sie will gesellschaftliche Veränderungen durch politische Aktivitäten herbeiführen. Wegen ihres vielseitigen sozialen Engagements verfügt die Hizb Allah in den verarmten schiitischen Gebieten im Libanon über eine starke Anhängerschaft. Die deutsche Zentrale der Hizb Allah hat ihren Sitz in Münster.

Die palästinensische Hamas (Islamische Widerstandsbewegung)

Das Ziel der terroristisch tätigen Hamas ist die Errichtung eines islamistisch geprägten Staates in ganz Palästina. Mit zahlreichen, zum Teil folgenschweren Anschlägen in Israel, im Westjordanland und in den teilautonomen Gebieten brachte die Organisation ihre Gegnerschaft zum israelisch-palästinensischen Friedensprozess zum Ausdruck. Aber auch auf religiöse, sozialem und politischem Gebiet ist die Hamas aktiv und kämpft gegen den Alleinvertretungsanspruch der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im Autonomieprozess. So wird dem Präsidenten

der palästinensischen Autonomiebehörde, Jassir Arafat, und der von ihm geleiteten PLO Verrat und Ausverkauf der Interessen des palästinensischen Volkes vorgeworfen. Kritik richtet sich auch an die westlichen Unterstützerstaaten Israels. Jedoch betrachtet die Hamas Europa nicht als ihr Kampfgebiet.

Die arabischen Mudschahedin

Arabisches Mudschahedin sind arabische „Glaubekämpfer“, die u.a. an den Kämpfen in Afghanistan, auf dem Balkan oder in Tschetschenien teilgenommen und diese unterstützt haben und zuvor in Lagern ideologisch geschult und militärisch ausgebildet wurden.

Die Anfänge reichen zurück bis ins Jahr 1979. Damals marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein und besetzten das Land. Innerhalb der afghanischen Volkstruppen entstanden zahlreiche Widerstandsgruppen, die gegen die Besatzungstruppen vorgingen. Es entstanden – unterstützt durch die USA, Pakistan und zahlreiche arabische Staaten – Rekrutierungs- und Ausbildungslager für Widerstandskämpfer. Die sowjetischen Truppen zogen sich 1989 aus Afghanistan zurück. Neben Israel wurden die USA zwischenzeitlich zum ideologischen Hauptfeind.

Mittlerweile hat sich ein weltweiter Verbund arabischer Extremisten herausgebildet. Die Infrastruktur der terroristischen Trainingslager in Afghanistan war vor den US-amerikanischen und internationalen Gegenmaßnahmen intakt. Ständig wurden neue Leute dort terroristisch ausgebildet. So entstand ein Netzwerk arabischer Mudschahedin, das aus unabhängig voneinander operierenden Organisationen und Zellen besteht. Untereinander werden die Verbindungen konspirativ gehalten, damit ein einfacher Anhänger die Hintermänner nicht erkennen kann. Die Islamisten fühlen sich als Anhänger der islami-

schen Gemeinschaft mit allen Muslimen verbunden und können sich daher sehr unauffällig bewegen. Man findet immer einen „Bruder“ bei dem man wohnen kann. Potentielle Terroristen benötigen deshalb keine eigene Wohnung, Geld, Handy, Auto, Papiere, da sie dies auf Empfehlung alles gestellt bekommen können.

Osama Bin Laden / Al Qaida (Die Basis)

Osama Bin Laden wurde 1957 geboren und stammt aus einer sehr reichen saudi-arabischen Unternehmerfamilie. Bereits im Alter von 16 Jahren begann er sich mit anderen islamischen Gruppen auszutauschen. Er studierte „management & economics“ an der König-Abd-el-Asis-Universität in Dschidda und schloss das Studium mit dem Diplom als Bauingenieur ab. Nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen 1979 in Afghanistan reiste er ebenfalls dorthin, um den Freiheitskampf gegen die Sowjetunion zu führen. Er sorgte – ausgestattet mit finanziellen Mitteln – für die notwendige Infrastruktur und stellte kämpfenden Einheiten Geld für Waffen zur Verfügung. Osama bin Laden gilt mittlerweile als zentrale Figur des Terrorismus der arabischen Mudschahedin. Es sollen tausende arabische Freiwillige in den Lagern ausgebildet worden sein.

Osama bin Laden bezeichnet die USA als „Hort des Unglaubens“, als „Kopf der Schlange“, der abgeschlagen werden muss. In einem Manifest, das Al Qaida Anfang 1998 im afghanischen Khost veröffentlichte hieß es: „Die Tötung der Amerikaner und ihrer Verbündeten ist persönliche Pflicht jedes Moslems“.

Nachfolgend lesen Sie Auszüge aus einem Interview mit ihm, das „Time Magazine“ im Januar 1999 veröffentlichte:

„Time“: Kennen Sie die Männer, die wegen dieser Attentate [Bombenattentate auf die US-Botschaften in Nairobi/Kenia und Daressalam/Tansania im Jahre 1998 – d. Red.] verhaftet wurden?

Bin Laden: Ich weiß nur, dass diejenigen, die ihr Leben riskierten, um das Wohlgefallen Gottes zu erlangen, wahre Männer sind. Es ist ihnen gelungen, die islamische Nation von der Schmach zu befreien. Wir verehren sie aufs Höchste.

(...)

„Time“: Die USA sagen, Sie würden versuchen, sich chemische und Nuklearwaffen zu beschaffen.

Bin Laden: Der Erwerb von Waffen zur Verteidigung von Moslems ist eine religiöse Pflicht. Wenn ich diese Waffen tatsächlich erworben haben sollte, dann danke ich Gott, dass er mir dabei behilflich war. Und sollte ich noch dabei sein, diese Waffen zu beschaffen, dann erfülle ich eine Pflicht. Es wäre eine Sünde für Moslems, nicht zu versuchen, in den Besitz von Waffen zu gelangen, die die Ungläubigen daran hindern können, Moslems Schäden zuzufügen.

„Time“: Die USA versuchen, Sie von den Einkommensquellen Ihrer Organisation abzuschneiden. Ist ihnen das gelungen?

Bin Laden: Die USA wissen, dass ich sie, durch die Gnade Gottes, seit mehr als zehn Jahren bekämpfe. Die USA behaupten, dass ich die volle Verantwortung für die Tötung ihrer Soldaten in Somalia trage. Gott weiß, dass wir uns über die Tötung amerikanischer Soldaten gefreut haben. Dies geschah durch die Gnade Gottes und dank der Bemühungen der Mudschahedin unter unseren Brüdern in Somalia und anderer arabischer Mudschahedin, die vor den Angriffen in Afghanistan gewesen waren. Seitdem versuchen die USA, ihre Wirtschaftsblockade gegen uns zu verschärfen und mich zu verhaften. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Blockade tut uns nicht sonderlich weh. Wir erwarten, dass Gott uns belohnt.

(...)

„Time“: Amerika hat Sie zum Staatsfeind Nummer eins erklärt. Beunruhigt Sie das?

Bin Laden: Die Feinseligkeit gegenüber Amerika ist eine religiöse Pflicht. Wir hoffen, von Gott dafür belohnt zu werden. Uns Staatsfeind Nummer eins oder zwei zu nennen macht uns nichts aus. Osama Bin Laden vertraut darauf, dass die islamische Nation ihre Pflicht erfüllen will. Ich bin zuversichtlich, dass die Moslems dem Märchen von der so genannten Supermacht namens Amerika ein Ende bereiten werden.

© „Time“

Osama bin Ladens Netzwerk arabischer Mudschahedin wird unter anderem folgender schwerer terroristischer Gewaltakte verdächtigt:

- am 26. Februar 1993 wurden bei der Explosion einer Autobombe im World Trade Center in New York sechs Personen getötet und rund 1.000 Personen verletzt.
- Am 13. November 1995 starben sieben US-Soldaten in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad durch eine Autobombe.
- Am 25. Juni 1996 verloren bei einem Terroranschlag auf US-Einheiten in Dhahran/Saudi-Arabien 19 Menschen ihr Leben, 547 wurden verletzt.
- Am 7. August 1998 wurden bei nahezu zeitgleichen Sprengstoffanschlägen auf die US-Botschaften in Nairobi/Kenia und Daressalam/Tansania 224 Personen getötet und mehrere tausend Menschen verletzt.
- Am 12. Oktober 2000 starben bei einem Selbstmordanschlag auf das amerikanische Kriegsschiff USS-Cole im Hafen von Aden/Jemen 17 amerikanische Soldaten. Es entstand ein Sachschaden von 240 Mio. Dollar.

Al Qaida

Die Organisation Al Qaida wurde durch Bin Laden in den 80er Jahren für seine terroristischen Zwecke gegründet. Ursprüngliches Ziel war es, für die Mudschahedin in Afghanistan logistische Unterstützung zu leisten. Gelegentlich bezeichnen die Medien die gesamte Anhängerschaft Bin Ladens als Al Qaida. Mit relativ hoher Wahrscheinlichkeit besteht die Al Qaida lediglich aus einem kleinen Kreis von Vertrauenspersonen und ist untergliedert in verschiedene Komitees bzw. Ausschüsse. Es gibt einen Schura-Rat³, ein Religionskomitee, ein Militärkomitee und ein Komitee, das die wirtschaftlichen Aktivitäten überwacht. Laut einer Zeugenaussage wird bei geplanten Attentaten zunächst eine Aufklärungstruppe entsandt. Eine weitere Gruppe schmuggelt den Sprengstoff; örtliche „Brüder“ sorgen für die Unterbringung. Die nächste Gruppe reist dann ein und führt den Anschlag durch.

Die in der Organisation Al Qaida zusammenarbeitenden Personen sind durch einen Treueschwur zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Man vermutet heute ca. 3000 – 5000 Mitglieder der Al Qaida mit Zellen in etwa 50 Ländern rund um die Welt. Durch modernste Technologie ist man vernetzt. Al Qaida betätigt sich als Servicestelle für den islamischen Terrorismus. ■

³ Schura: beratende Kommission

Jürgen Schlicher, Jahrgang 1966, ist Diplom-Politologe mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus/Rassismus. Seit 1993 ist er Vorsitzender des Dokumentations- und Informationszentrums für Rassismusforschung. 1995 hat er das aus dem Niederländischen stammende Konzept „Schule ohne Rassismus“ nach Deutschland übertragen und strukturiert, ist Mitglied im bundesweiten SprecherInnenrat. Seit 1996 ist er einer von fünf Trainern, die Jane Elliot im Rahmen ihres Trainingskonzeptes Braunäugig/Blauäugig in Europa ausgebildet hat.¹ Zur Zeit baut er das Projekt „Blue Eyed“ weiter aus, und führt bundesweit Workshops durch.



1. Herr Schlicher, es gibt eine Fülle von Initiativen und Konzepten, von Programmen und Aktionen gegen Rechtsextremismus und dessen Erscheinungsformen. Können Sie den Lesern kurz die Besonderheiten des Trainingskonzeptes „Blue Eyed“ erläutern und die wesentlichen methodischen Ansätze darstellen?

Sehen Sie, ein wesentlicher Bestandteil von Rassismus und Rechtsextremismus ist meiner Meinung nach die Leugnung der Gleichwertigkeit der Menschen. Nun können sie jungen Menschen sagen, dass Menschen gleichwertig sind, dass es nicht gut sei, Vorurteile zu haben. Wir haben jedoch in jahrelanger Praxis festgestellt, dass diese Themen hoch emotional besetzt sind und nicht ausschließlich rational und aufklärerisch angegangen werden können. Das hängt mit der Eigentümlichkeit von Vorurteilen zusammen. Kaum ein Mensch gibt zu Vorurteile zu haben, obwohl wir alle von vorgefertigten Mustern geprägt sind.

Das Trainingskonzept „Blue Eyed“ versucht, bestimmte, durch Vorurteile und vorgefasste Meinungen geprägte Denkmuster in Frage zu stellen. Die Methode ist die der Verfremdung, d.h. wir teilen die Gruppe nicht auf in „Ausländer“ und „Deutsche“, oder „Schwarze“ und „Weiße“, sondern in „Blauäugi-

ge“ und „Braunäugige“ und schreiben der Gruppe der „Blauäugigen“ alle negativen Klischees zu, die in unserer Gesellschaft bekannt sind. Wir bauen also einen Mikrokosmos auf, in dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am eigenen Leib spüren können, was es heißt, auf der privilegierten oder auf der diskriminierten Seite zu stehen und zwar lediglich aufgrund eines unveränderlichen Merkmals, das sie nicht selber bestimmen können. Frappierend ist dabei, dass die Gruppe der „Blauäugigen“ in kürzester Zeit alle Vorurteile zu bestätigen scheinen. Sie wirken plötzlich tatsächlich langsamer, dümmer, fauler, trotziger, aggressiver und sogar krimineller. In den anschließenden, sehr ausführlichen Auswertungsrunden zur Übung werden die Mechanismen, die zu einer derart verschobenen Wahrnehmung geführt haben, thematisiert und die Verantwortlichkeit jedes Einzelnen aufgezeigt, in solchen Situationen zu reagieren. Das Besondere an dem Training ist sicherlich, dass sich kaum ein Teilnehmer den Erfahrungen dieses Trainings entziehen kann.

2. Sie persönlich arbeiten schon geraume Zeit in und mit diesem Projekt „Blue Eyed“. Welche Erfahrungen haben Sie hinsichtlich der – sicher sehr schwer messbaren – Erfolge eines solchen „Trainings“?

Sie haben recht. Der Erfolg von Trainingskonzepten in diesem Bereich ist schwer messbar. Gerade unser Konzept,

das ja vor allem „Verhaltensänderung“ provozieren möchte, müsste sich ja daran messen lassen, in welchem Umfang sich Menschen nach so einem Training anders verhalten als vorher. Das zu untersuchen ist höchst aufwendig. Untersuchungen gibt es jedoch darüber, ob sich auf der „Einstellungsebene“ etwas verändert – und dies ist tatsächlich der Fall. Übrigens nicht nur bei denjenigen, die an einem Training teilgenommen haben, sondern auch in deren Umgebung. Eine Untersuchung in Schulen in den Vereinigten Staaten hat gezeigt, dass nicht nur in der Schulklasse signifikant weniger rassistische Einstellungen vorzufinden sind, die an einem Training teilgenommen hat, sondern auch an der gesamten Schule im Vergleich zu einer anderen. Auch wir machen die Erfahrung, dass fast alle Teilnehmer viel von ihren Erlebnissen erzählen und damit die Auseinandersetzung weit über den Kreis derjenigen ausdehnen, die an einem Training teilnehmen können.

3. Nun ist ein, wenn auch erschreckend realistisches, „Spiel“ trotzdem immer noch Theorie. Liegen Ihnen Erfahrungen darüber vor, wie sich „spielerische“ Auseinandersetzungen mit dem Thema Rassismus und Menschenwürde tatsächlich im praktischen Leben auswirken?



Ich glaube, eine Stärke das Trainings ist, dass es sich eben nicht nur in theoretische Diskussionen verstrickt, die ja auch lähmen und handlungsunfähig machen können. Bereits bei den Nachbesprechungen der Trainings, vier Wochen nach der Übung berichten viele Teilnehmer über Alltagssituationen, die sie an das Training erinnern haben und über ihre Erfahrungen mit Gegenstrategien. Sie fühlen sich verantwortlich, in Situationen einzugreifen, die sie früher „übersehen“ hätten. Sie trauen sich, ihre Meinung auch dann zu sagen, wenn sie befürchten müssen, dass diese gerade nicht mehrheitsfähig ist. Viele erzählen auch, dass ihnen aufgefallen ist, wie sehr sie im alltäglichen Leben von Vorurteilen geprägt sind. Andere haben in ihrer Schule oder Organisation Gesprächskreise gegründet, um im lokalen Umfeld aktiv zu werden. Viele Schülerinnen und Schüler haben nach dem Training das Projekt „Schule Ohne Rassismus“ initiiert, um sich nachhaltig zu bemühen, vorurteilsbehaftetem Denken konstruktiv zu begegnen.

4. Rassismus ist eines der klassischen Elemente des Rechtsextremismus. Sie sind über viele Jahre im Kampf gegen Rassismus aktiv und u.a. Mitglied im bundesweiten „SprecherInnenrat – Schule ohne Rassismus“ und Mitbegründer des „Europäischen Netzes gegen Rassismus“. Worin liegen nach Ihrer Meinung die Ursachen dafür, dass Rassismus in Europa auch in einer Zeit, in der die Welt zunehmend „zusammenrückt“, weiterhin auf der Tagesordnung steht?

Die Welt rückt ja nicht deshalb zusammen, weil wir weniger eurozentristisch oder weniger rassistisch gewor-

den sind. Sie tut dies aufgrund klar benennbarer technischer und wirtschaftlicher Entwicklungen und vielleicht liegt genau hier das Problem. Wenn das Bewusstsein von Meinungsführern (Politikern, Medien, Pädagogen) in einer Gesellschaft hinter aktuellen Entwicklungen hinterherhinkt, dann rächt sich dies durch eine Radikalisierung älterer Denkgewohnheiten an der Basis. In den vergangenen Jahren hätte mehr in Bildungsarbeit gegen Rassismus und Engstirnigkeit investiert werden müssen. Auch Antidiskriminierungsgesetze, Öffentlichkeitsarbeit, breite Diskussionen mit denjenigen, die vom Rechtsextremismus und Rassismus unmittelbar betroffen sind, Integrationskonzepte und Einwanderungsregelungen können ein Baustein dazu sein. Damit diese jedoch von einer breiten Bevölkerung mitgetragen werden, brauchen wir dringend vielfältige Formen der Menschenrechtserziehung und interkultureller Kompetenzen. Aber wir brauchen, denke ich, auch Politikerinnen und Politiker, die ihre Vorbildfunktion und Verantwortung so ernst nehmen, dass junge Menschen ein positives Bild eines demokratischen verfassten Landes erhalten können. Denn an der Art wie Erwachsene und in der Öffentlichkeit stehende Menschen ihre Konflikte lösen, werden sie von der jüngeren Generation gemessen.

5. Im Umgang mit rassistischen Äußerungen herrscht vielfach Unsicherheit. Die Empfehlungen reichen von „überhören“ bis hin zur Aufforderung, „sich einzumischen“ und laute, deutliche Kritik an diesen Verhaltensweisen zu üben. Was empfehlen Sie aus der Praxis heraus, in beispielhaft benannten (Alltags)situationen zu tun?

Die Unsicherheit rührt oft daher, dass wir nicht oder viel zu wenig gelernt haben, demokratisch zu argumentieren. Dass es gelingen kann, dies zu lernen, zeigen unsere, wie auch andere Trainings von Kolleginnen und Kolle-

gen. Eines ist jedoch klar: Immer dann, wenn wir auf rassistische oder sexistische Äußerungen oder Praktiken nicht reagieren, machen wir uns mitverantwortlich. Bei allen Diskriminierungsformen gilt: Wer schweigt stimmt zu.

„Es gibt keinen genetischen Code für Rassismus. Das ist anerzogen und erlernt. Und alles was erlernt wird, kann auch wieder verlernt werden.“
(Jane Elliott, Workshop-Konzept)

Web-Adressen zum Thema:

- Eyetoeye: www.eyetoeye.org (hier auch Video zum Workshop)
- Dokumentations- und Informationszentrum für Rassismusforschung: www.dir-info.de
- Dort auch weitere Trainingskonzepte unter: www.dir-info.de/training
- Zentrum demokratische Kultur: www.zdk-berlin.de

Literatur:

- Schlicher et. al.: „Ganz schön blauäugig ... – Ein Reader zum Einsatz der ‚Braunäugig/Blauäugig‘ Übung in anti-rassistischer Bildungsarbeit“, Marburg 1998
- Hufer, Klaus-Peter: Argumentationstraining gegen Stammtischparolen, Schwalbach/Ts. 2000

¹ Näheres über das Programm erfahren Sie im Internet unter: www.eyetoeye.org.

Relativitätstheorie – einmal ganz anders

Ein unbekannter Verfasser hat das Medium Internet genutzt, um eine nachdenkenswerte Rechnung aufzustellen, die gewiß ehrwürdigen Statistikern die Nackenhaare aufstellt, im Prinzip aber einen durchaus wahren Kern hat.

Wenn wir die ganze Menschheit zu einem Dorf von genau 100 Personen schrumpfen lassen könnten und die dazu gehörenden Proportionen diesem Verhältnis anpassen, dann würde das in etwa wie folgt aussehen:

Dort lebten:

- 57 Asiaten,
- 21 Europäer,
- 14 Amerikaner (nord und süd) und
- 8 Afrikaner.
- 52 davon wären weiblich,
- 48 wären männlich;
- 70 wären „nicht-weiß“,
- 30 wären „weiß“,
- 70 wären „nicht-christlich“,
- 30 wären „christlich“,
- 89 wären heterosexuell,
- 11 wären homosexuell;
- 6 Personen würden dann 59 Prozent des ganzen Dorfes besitzen
- 80 hätten kein angemessenes Zuhause;
- 70 könnten nicht schreiben oder lesen;
- 50 von ihnen würden an Unterernährung leiden;
- 1 wäre dem Tode nahe,
- 1 stünde kurz vor der Geburt;
- 1 (wirklich nur einer) hätte eine Hochschulausbildung;
- 1 besäße einen Computer.

Wenn man unsere Welt in einer derart komprimierten Perspektive betrachtet, dann dürfte jedem die gemeinsame Verantwortung, die Notwendigkeit gegenseitiger Akzeptanz und die Dringlichkeit von Erziehung und Bildung einleuchten.

Und es geht noch weiter...

Wenn Sie heute morgen deutlich gesünder als krank aufwachen, dann können Sie sehr viel zufriedener sein, als die Million Menschen, die diese Woche nicht überleben wird.

Wenn Sie nie die Gefahren eines Krieges erleben mussten, die Einsamkeit einer Gefangenschaft, die Qual der Folter oder die Pein des Hungers, dann sind die besser dran als 500 Millionen Menschen auf der Welt.

Wenn Sie Nahrungsmittel im Kühlschrank, vernünftige Kleidung, ein Dach über dem Kopf und einen Platz zum Schlafen haben ... dann sind Sie „reicher“ als 75 Prozent der Weltbevölkerung.

Wenn Sie Geld auf der Bank haben, Geld in der Brieftasche und einen Spargroschen irgendwo in einem Sparschwein versteckt, dann gehören Sie zu den oberen 8 Prozent der wohlhabenden Welt.

Vielleicht bewirken diese Berechnungen zweierlei:

Ein bisschen mehr Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation und Verständnis für die wirklich großen und dramatischen Existenznöte auf dieser Welt. Wenn dazu noch der Wunsch kommt, Hilfe zu leisten, nicht die Probleme anderer lediglich zu verdrängen – Schwache oder „Andersdenkende“/„Andersaussehende“ beiseite zu schieben, dann gebührt dem unbekanntem Texter doppelter Dank.

Etwa 12 Jahre ist es jetzt her, dass am 09. November 1989 – 28 Jahre nach Baubeginn, 40 Jahre nach Gründung der Deutschen Demokratischen Republik – diese Mauer endlich fiel. Kürzlich kam es – ganz spontan – zu einer Gesprächsrunde über diese „Wende-Zeit“ mit sieben jungen Frauen – alle um die 24 Jahre alt. „Halbzeit“ soll deshalb auch die Überschrift dieses Beitrages lauten, da die Gesprächsteilnehmer inzwischen etwa eine Hälfte ihres Lebens in der DDR und die andere im wiedervereinten Deutschland verbracht haben. Alle redeten – wie der

Schnabel gewachsen ist – über die Kindheit in der DDR, ihre Erlebnisse während der Wende und über ihr heutiges Leben in Deutschland. Gemeinsam ist heute allen, dass sie – aus welchen Motiven auch immer – auf keinen Fall Diktatur oder Unterdrückung akzeptieren. Dass viele im Zuge des großen gesellschaftlichen Wandels Opfer gebracht haben, macht heute noch betroffen. Das kann aber zugleich Motivation dafür sein, sich auch persönlich beim Erhalt der Freiheit und Sicherheit – gerade in Zeiten einer angespannten Weltlage – in die Gesellschaft einzubringen.

Wie habt Ihr damals eigentlich mitbekommen, dass die Grenzen offen sind?

D¹

Ich (damals 12 – Anm. d. Red.) habe das nicht bewusst mitbekommen, zumindest nicht an dem Tag (09.11.1989). Auf jeden Fall habe ich es aus dem Fernsehen erfahren. Jedoch weiß ich nicht, ob ich das damals so geschnallt habe.

A

An den nächsten Tagen hab ich (damals 11 – Anm. d. Red.) es im Fernsehen gesehen, direkt am 09.11. hab ich das glaube ich nicht mitbekommen. Ich kann mich noch an die Bilder erinnern, wie alle mit dem Trabis „rüber“ sind.

M

Ich (damals 13 – Anm. d. Red.) hab das in den Nachrichten im Fernsehen gesehen. Da gab es die Bilder, wie die Menschen an der Grenze standen und „rüber in den Westen“ sind.

Da

Meine Mutter, meine Schwester (damals 20 – Anm. d. Red.) und ich (damals 11 – Anm. d. Red.) sahen „Elf 99“. Entweder wurde dort oder in einer nachfolgenden Sendung gesagt, dass die Mauer „offen“ sei. Das Gefühl war eine Mischung aus Hoffnung, Freude, Erleichterung –

T

Ich (damals 11 – Anm. d. Red.) kann mich auch noch an den Tag erinnern, als Krenz „die Regierung übernahm“.

An

An dem Abend hab ich (damals 13 – Anm. d. Red.) „Knight Rider“ auf RTL geguckt. Unten im Bild wurde die Nachricht eingeblendet, dass die Mauer gefallen ist. Mein Vater war total fassungslos und hat geweint vor Freude. Die Familie konnte es kaum glauben. Später in den Nachrichten wurde die Meldung aber bestätigt. Im Fernsehen sah man den ganzen Abend das Brandenburger Tor und wie alle mit den Trabis „rüber“ gefahren sind und begrüßt wurden. In der Nacht konnte ich kaum schlafen. Richtig begriffen hab ich damals nicht, was da genau passiert ist und welche Bedeutung die Grenz-

¹ Die Namen der Teilnehmerinnen sind jeweils durch die Anfangsbuchstaben gekennzeichnet

öffnung hatte. Mein Freund war damals 15 und gerade auf einer Klassenfahrt in der damaligen Sowjetunion. Dort hatten sie zwar im Fernsehen die Bilder gesehen, wie die Leute an den Grenzübergängen standen, konnten aber nicht verstehen, was genau los war. Als sie nach dem Rückflug auf dem Bahnhof in Ostberlin ankamen, haben sie nur die vollen Papierkörbe gesehen – überfüllt mit Bananenschalen und Coladosen. Erst da haben sie geglaubt, dass die Grenzen wirklich offen sind.

A Im Sommer 1989 sind 2 Tanten von mir über Ungarn „rüber“. Eine ist mit 4 Kindern nach Schleswig-Holstein gezogen. Die andere hat mit ihren beiden Kindern nach der Flucht auf einem Schiff in Hamburg gewohnt. Da kein Kontakt in die damalige DDR bestehen durfte, hatten wir um die beiden große Angst gehabt.

D Ich weiß noch, dass unsere Nachbarn verschwunden waren, plötzlich. Eines Morgens – das war im Sommer, also vor der Grenzöffnung – stand ich mit meinen beiden Brüdern am Schulbus. Der Nachbarjunge war nicht da. Der Bus kam, wir stiegen ein und der Bus fuhr extra langsam am Wohnhaus des Jungen vorbei, weil wir dachten, er hätte verschlafen. Es war aber alles abgedunkelt. Abends haben meine Eltern erzählt, dass die Eltern des Nachbarjungen nicht zur Arbeit in der LPG gekommen waren und gemunkelt wurde, dass sie abgehauen seien. So war es dann auch, wie sich kurze Zeit später herausstellte. Sie haben einfach alles zurückgelassen – ihr Haus und sämtliche Sachen.

Da Bekannte von uns haben erzählt, wie das damals war, als ihre Tochter über Ungarn geflüchtet ist. Sie wohnte zu der Zeit mit ihrem Freund in Berlin, beide waren knapp 20. Als sie sich nach einem Besuch von ihren Eltern verabschiedete, sagte sie mit Tränen in den Augen ganz leise zu ihrem Vater, dass sie sich wohl erst mal eine Weile nicht sehen werden. Der Vater ahnte, was sie meinen konnte, fragte aber nicht nach. Und dann war es wirklich so, dass sie mit ihrem Freund von Ungarn aus „rüber“ ist. Damals dachten ja alle, dass sie sich nie wieder sehen werden, es konnte ja keiner ahnen, dass die Mauer paar Monate später fallen würde.

A Aber lasst die Leute, die damals geflüchtet sind mal jüngere Geschwister gehabt haben, die hätten das mit dem Studium und der „Wunschlehre“ ja vergessen können.

D Meine Mutter wollte damals Physiotherapeutin werden, durfte aber nicht, da in der Landwirtschaft welche gebraucht wurden. Sie musste neben der Lehre ein Fernstudium zur Agraringenieurin machen.

Was ist euch – spontan – vom „ersten mal im Westen“ in Erinnerung geblieben?

A Ich weiß noch, dass ich damals mit meiner Mutter und meiner Oma mit dem Zug nach Westberlin gefahren bin. Meine Oma hatte für uns Nudelsalat gemacht, „damit wir kein Geld ausgeben müssen“. Wir sind im Osten ausgestiegen und zu Fuß in den Westen gegangen. Mir ist aufgefallen, dass es in Westberlin auch nicht sauberer war als in Ostberlin. An dem Tag wollte ich unbedingt einen Walkman haben. Wir gingen die Straße entlang, dort gab es verschiedene Stände. Überall hatten sie das gleiche Walkman-Modell. Am ersten Stand kostete er 24,95 DM, später 22,95 DM und zuletzt 19,95 DM. Wie gesagt, es war das gleiche Fabrikat. Was macht der brave Ostbürger? Das Modell für 22,95 DM kaufen. Wir dachten, da muss ein Haken sein, wenn der Walkman immer billiger wird. Also entschieden wir uns für das gesunde Mittel. Tja, das Prinzip der Marktwirtschaft haben wir damals nicht gekannt, denn bei uns waren alle Preise gleich.

Im Zug las jemand die „BRAVO“. Ich hatte mich nicht getraut zu sagen, dass ich auch eine haben wollte, da ich dachte, das ist sowieso nur „Luxus“ und wird schließlich sowieso wieder weggeworfen. In der Übergangszeit hat die „BRAVO“ bei uns 6 Ost-Mark gekostet. Bei uns kaufte die sich immer einer aus der Klasse – der mit dem meisten Taschengeld – alle werteten die Zeitschrift aus, v.a. die eine besondere Seite.

Da Am Samstag – 11.11.1989 – weckte mich meine Mutter morgens und fragte mich: „Weißt Du, wo wir heute hinfahren?“. Wir sind dann nach Berlin gefahren. An der ehemaligen Grenze wurden kostenlos Zeitungen verteilt, in denen auch ein Stadtplan abgedruckt war. Irgendwo in Charlottenburg haben wir dann das Begrüßungsgeld abgeholt. Vor der Bank war natürlich eine lange Schlange und fremde Leute schenken warme Getränke an die Wartenden aus. Ein Mann verteilte an die Kinder kleine Schlumpffiguren. Den ganzen Tag sind wir eigentlich nur staunend durch die Straßen gelaufen und haben höchstens Kleinigkeiten gekauft. Nachmittags haben wir noch die Tante meines Vaters besucht.

Gab es denn auch unangenehme Situationen, in denen man einen „Ost-West-Unterschied“ besonders zu spüren bekam?

D Ein merkwürdig fremdes Gefühl hatte ich, als ich das erste mal „im Westen“ an einem Reitturnier teilnahm. Wir waren es so gewohnt, dass man sich bereits am Freitagabend vorher zum Grillen traf, dann das Wochenende über zeltete und erst am Sonntag dann wieder nach Hause fuhr. Dort war es aber üblich, dass sich die Turnierteilnehmer Samstagmorgen telefonisch erkundigten, wann sie dran seien, dementsprechend losfahren und direkt nach dem Ende des Turniers wieder zurückfahren. Man konnte keinerlei Kontakte knüpfen, da es keine Gemeinschaft gab.

A Wir hatten eine Partnerklasse in Schleswig. Jeder von uns hatte einen Briefpartner. Das war zwar nach der Wende (Frühjahr/Sommer 1990), trotzdem gaben die Lehrer aber vor, was wir in den Briefen zu schreiben hatten und lasen sich die Briefe durch. Es gab auch mal einen Schüleraustausch und die Partnerklasse besuchte uns. Später machten wir den Gegenbesuch in Schles-

wig. Meine Brieffreundin borgte mir eine weite Jeans, die damals ja so modern war, da ich keine entsprechende Klamotten hatte, „um im Westen nicht aufzufallen“. Außerdem gab sie mir ein tolles Sweatshirt (in rosa-melange). Ich kam mir richtig gut darin vor. Ich selbst hatte nur eine schwarze Leggings, die wir auf dem Markt gekauft hatten und eine komische DDR-Jeans.

Da Das ging mir auch mal so. 1990 war ich bei Bekannten in der Nähe von Münster zu Besuch. Die hatten 2 Töchter in meinem Alter. Fast alle meine Kleidungsstücke waren noch aus der DDR. Ich weiß noch wie ich einmal von den Nachbarn komisch – fast schon mitleidig – angeguckt wurde, als ich ein pinkfarbenes Kleid und rote Sandalen trug. Dabei war ich so froh, überhaupt Sandalen bekommen zu haben, denn das war ja echt schwierig damals. Auf die Farbzusammenstellung hatte man damals keinen Einfluss. Man hatte ständig das Gefühl, total kritisch begutachtet zu werden. Vorher hab ich mir nie Gedanken über meine Kleidung gemacht, schließlich gab es kaum was. Meine Mutter strickte immer sehr viel. So hatte ich wenigstens im Winter ordentliche Pullover. Die ollen Synthetik-Oberteile hatte ich zum Glück kaum. Im Sommer war man immer froh, wenn es mal T-Shirts aus Baumwolle zu kaufen gab.

T Als Kind fand ich die ganze Zeit sehr aufregend. Alles war auf einmal neu und so bunt. An dem Freitag vor der Währungsunion hatte man zum letzten Mal die Möglichkeit, das DDR-Sortiment zu kaufen. Ich kaufte mir noch Kaffeefilterblätter, da ich die immer so toll fand und viel Bürokrum. Darüber, dass es die Sachen ab Montag nicht mehr zu kaufen geben sollte, war ich echt traurig. Als man montags dann in die Läden kam, lagen die ganzen Westsachen in den Regalen. In der „Übergangszeit“ wurden bei den Zeitschriften und den Produkten, auf denen die DM-Preise schon aufgedruckt waren, Schilder übergeklebt, auf denen dann der Ost-Preis stand. Fasziniert war ich von den Werbeprospekten, die immer stapelweise im Supermarkt umherlagen.

A Mir fiel kurz nach der Wende die Trennung in der Schule auf. Die Schüler, die später auf den gleichen Schultyp gehen sollten, wurden in eine gemeinsame Klasse gesteckt. Mein Freund ging damals in die R-Klasse, hatte also schon in der 3. Klasse Russisch. Ab der 8. Klasse war ich dann auf dem Gymnasium.

T Bei uns gab es eine Einteilung in lernstarke und lernschwache Gruppen, je nach dem, wer später auf die Realschule oder auf das Gymnasium gehen sollte. Man merkte die Unsicherheit der Lehrer. Einmal waren ganz wenige Schüler da (kurz nach dem Mauerfall). Keiner wusste, wie er reagieren sollte.

A Gleich nach der Wende kam auch die Angst, die Arbeit zu verlieren. Meine Mutter war gleich auf Kurzarbeit.

Da Meine Schwester auch.

An Schon kurze Zeit später ist man ja auch wieder „auf den Teppich gekommen“. Da gab es dann die Angst um die Zukunft, die Arbeitslosigkeit. Viele sind in ein schwarzes Loch gefallen. Mein Vater hat bei einer Wohnungsverwaltung gearbeitet – in höherer Position als Lehrausbilder. Später, nachdem er seine Stelle verloren hatte, hat er dann angefangen zu trinken. So etwas war auch kein Einzelfall. Allein zwei Selbstmordfälle hat es in der ehemaligen Arbeitsstelle meines Vater gegeben. Und ich hab mich in der Schule total „gehen lassen“. Auf dem Zeugnis war ich fast 3 Noten schlechter. Wahrscheinlich auch aufgrund der familiären Situation. 1997 hat mein Vater schließlich eine ABM-Stelle bekommen. Ende 1998 haben meine Eltern ihren ersten „großen“ Urlaub gemacht – 1 Woche Türkei. Im Mai 1999 ist mein Vater dann gestorben.

Was fällt euch sonst noch spontan ein, wenn ihr an die Zeit vor zehn, zwölf Jahren denkt?

A Im Sommer 1990 war ich im Ferienlager. Von dort aus sind wir nach Hof zu meinem Onkel gefahren. Auf einem Rastplatz sind wir auf die Toilette und keiner von uns wusste, wie wir uns die Hände waschen sollten, denn der Wasserhahn hatte keinen Hebel bzw. Drehknopf. Wir haben irgendwas versucht und die Hände bewegt. Plötzlich kam Wasser. Keiner wusste, warum und vor allem hatten wir keine Ahnung, wie wir es wieder abstellen sollten. Dann haben wir uns rausgeschlichen, da wir auch niemand fragen wollten. Mein Onkel hatte zwei Jahre vor der Wende einen Ausreiseantrag gestellt, der kurzfristig genehmigt wurde. Er durfte sich aber nicht mehr verabschieden. Erst vom Westen aus konnte er meinem Vater einen Brief schreiben. Dann ist mein Vater gestorben und mein Onkel durfte nicht zur Beerdigung kommen – das war glaub ich für ihn das Schlimmste. Aber er hat uns Blattgold für den Grabstein geschickt. Nach der Wende konnte er dann das Grab besuchen.

E Höchstens beim Obst habe ich einiges vermisst. Meine Großeltern durften ja in den Westen reisen und erzählten, dass es dort im Winter Heidelbeeren gibt. Das konnten wir natürlich gar nicht glauben. Gut war, dass die Klamotten billiger waren und man nicht mehr für eine einigermaßen gute Jeans 300 Mark zahlen musste. Für die Westpakete haben wir immer Dankesbriefe verfasst als Kinder. Wir haben oft Nylonstrumpfhosen geschickt bekommen, denn die waren damals ja relativ teuer und man hat sie bei einer Laufmasche nicht weggeworfen, sondern zum Stopfen gebracht.

An Also, ich war zufrieden mit meiner Kindheit in der DDR. In der jetzigen Zeit möchte ich kein Kind mehr sein. Als Kind hatte man eigentlich nichts vermisst (auch keine Reisen). Damals wurde viel für die Kinder gemacht, z.B. gab es die Arbeitsgemeinschaften (AG's). Man war aufgehoben, hatte immer Freunde um sich herum. Jetzt ist alles anonym, jeder mehr für sich. Es fehlt oft das Herzliche. Neid gab es eigentlich nur, wenn jemand was aus dem Westen bekommen hatte. Ich war Schriftführerin im Gruppenrat und habe das Gruppenbuch für die Klasse geführt. Die Pioniernachmittage empfand ich meist als langweilig und zwanghaft.

Da Meine Klassenlehrerin in der Unterstufe hatte mich immer auf dem „Kieker“, da ich zur Kirche ging und an manchen Gruppennachmittagen nicht teilnahm, weil statt dessen Religionsunterricht war. Zum „Ausgleich“ hat sie mich sozusagen „zwangsverpflichtet“ Rezitator zu werden, d.h. ich wurde als „Delegierte“ unserer Schule in meiner Altersstufe zum Rezitatorenwettbewerb geschickt. Da „durfte“ ich dann Gedichte vortragen und musste Kurzgeschichten nacherzählen. Zur Belohnung gab es dann eine Urkunde. Später musste ich dann auch noch „Agitator“ werden. Zum Stundenanfang musste der „Ordnungsschüler“ immer dem Lehrer mit dem Pioniergruß melden: „Die Klasse ... ist zum Unterricht bereit. Es fehlen ... Seid bereit!“ Und alle antworteten „Immer bereit!“ Dann gab es bei uns noch die „Friedensmeile“. Da mussten wir im Park eine relativ lange Strecke laufen, die dann „Friedensmeile“ genannt wurde. Auf der Urkunde waren Friedenstauben abgebildet.

M Bei uns waren auf dem Schulhof Stellplätze für jede Schulklasse festgelegt. Vor den Ferien gab es meistens einen großen Appell. Das Schulleben war sehr billig (55 Pfennig), der Kakao kostete 45 Pfennig und die Milch 20 Pfennig.

T Wenn man mal so vergleicht – der ständige Druck, den der Staat ausgeübt hat, ist weg. Damals war alles auf Restriktionen und echtem Zwang aufgebaut. Gerade wenn man sich beispielsweise das Stasi-Gefängnis in Rostock anschaut. Die Methoden sind nicht zu fassen.

E Echte Probleme haben damals die Leute gehabt, die gegen den Staat eingestellt waren und die das auch noch offen gesagt oder gezeigt haben. Als der Staat mit den Strukturen, gegen die sie immer waren, dann plötzlich weg war, gab es aber auch bei denen eine gewisse Orientierungslosigkeit. Auf jeden Fall ist man jetzt wirklich freier. Man sollte allerdings schon immer wieder mal zurück denken, um das alles zu sortieren, was jetzt ist und was damals war.



Ein Jahr nach dem Mauerfall schuf ein Künstler eine plastische Arbeit, die die Abgangsklasse '91 der Weidigschule in Butzbach kopierte. Sie wurde inzwischen schon einmal restauriert.

IMPRESSUM

Herausgeber: Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
Redaktion: Gerald Holsten
Anschrift: Redaktion Verfassungsschutz Journal
 Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
 Postfach 11 05 52, 19005 Schwerin
 Tel.: 03 85/7 42 00, Fax: 03 85/71 44 38
Auflage: 5.000 Exemplare

Illustration: Frank Ihler
Gestaltung, Satz: Cicero Werbeagentur, Rostock
Druck und Herstellung: Altstadt-Druck GmbH, Rostock
Redaktionsschluss: 15. Oktober 2001
 Wir danken den Autoren für ihre Text- und Bildbeiträge. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
6. Jahrgang • 2001

Hinweis: Diese Druckschrift ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.
 Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, und Europawahlen: Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemitteln. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Innenministeriums Mecklenburg-Vorpommern zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Landesbehörde für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern Publikationsverzeichnis

- „VS-aktuell“ – Das Journal zum Verfassungsschutz, Nr. 2/98
Thema: Von Revolutionen, Kämpfern und Grundrechten
- „Verfassungsschutz Journal“
Nr. 1/99 (inkl. Extremismusbericht 1998)
Thema: Freiheit + Sicherheit = kein Gegensatz
- „Verfassungsschutz Journal“
Nr. 1/00 (inkl. Extremismusbericht 1999)
Thema: Zivilcourage – in der Bürgergesellschaft
- „Verfassungsschutz Journal“ 2001
(inkl. Extremismusbericht 2000)
Thema: Demokratie: Aufbruch – Ankunft – Zukunft
- „Die Scientology-Organisation (SO).
Beobachtet durch den Verfassungsschutz“
(Broschüre, Dezember 1997)
- „Rechtsextremisten in Deutschland
- Was sie sagen
- Was sie wollen
- Was sie tun“
(Faltblatt, Februar 1999)
- „Rechtsextremistische Bestrebungen im Internet“
(Broschüre, September 2000)
- „Proliferation – das geht uns an!“
(Broschüre, März 2001)
- „Skinheads“
(Broschüre, Juni 2001)
- „Islamistische Extremisten“
(Broschüre, erscheint voraussichtlich Dezember 2001)
- Videofilm „Demokratie schützen – Verfassungsschutz“
(Film über die Arbeit des Verfassungsschutzes, Februar 1999)

Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern
Abteilung II 5
Postfach 11 05 52 · 19005 Schwerin
E-Mail-Adresse: vs-mv@t-online.de
www.verfassungsschutz-mv.de

Instruktives über das Par- teiensystem der Bundes- republik Deutschland

Ulrich von Alemann:
*Das Parteiensystem der
Bundesrepublik Deutschland,*
Verlag Leske+Budrich, Opladen
2001, 232 Seiten, 33,- DM

Die kontinuierliche Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus könnte langgediente Beobachter bisweilen vergessen lassen, dass der organisierte Extremismus in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen eine Randerscheinung darstellt. Dieses lässt sich u.a. auch daran ablesen, dass die (wissenschaftliche) Beschäftigung mit extremistischen Organisationen selten eingebettet ist in die allgemeine Erforschung des bundesrepublikanischen Parteiensystems; vielmehr bildet die Extremismusforschung (die natürlich auch immer an die „Demokratieforschung“ rückgekoppelt ist) einen gesonderten Zweig innerhalb der Sozial- bzw. Politikwissenschaft. Hingewiesen werden soll auf einen neuen – von dem an der Düsseldorfer Universität lehrenden Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann verfassten – Band über „Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland“, in dem extremistische Parteien (wiederum) lediglich im allgemeinen Kontext eine Rolle spielen.

Der Autor gibt zunächst einen historischen Abriss über die Entstehung

von Parteien seit dem Kaiserreich, um dann die spezifische Entwicklung in der Bundesrepublik (und exkursorisch in der DDR) zu skizzieren. Sodann fragt er, wie die Parteien „rechtlich eingebunden“ sind (hier spielt auch das dauerhaft aktuelle Thema „Parteienfinanzierung“ eine Rolle); eher theoretischer Natur ist das Kapitel über die gesellschaftliche Vernetzung von Parteien. Mit den internen Strukturen und externen Strategien befassen sich zwei weitere Kapitel; schließlich wird kritisch gefragt, ob „die Parteien (noch) ihre Aufgaben“ erfüllen und es werden Vorschläge gemacht, welche Funktionen sie aus Autorensicht innergesellschaftlich erfüllen sollten.

Als historische Grundströmungen, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, also während der Zeit der Industrialisierung in Deutschland, bildeten, benennt von Alemann Konservative, Liberale, Katholiken und Sozialisten – die „Hauptäste“ dieser „vier Stämme mit ihren wichtigsten Zweigen“ reichten bis in die heutige Zeit (vgl. S. 15). Die Weimarer Republik habe mit ihrer Verfassung von 1919 dann eine „ganz andere und neue Aktionsbasis“ erbracht – schon, weil das parlamentarische Regierungssystem für seine Funktionsfähigkeit nach Parlamentsfraktionen und damit nach Parteiorganisationen verlangte. Doch seien diese in der ersten deutschen Republik nur halbherzig integriert gewesen; u.a. deshalb, weil die alten gesellschaftlichen Eliten des Kaiserreiches aus ihrer weitgehenden Verachtung demokratischer Parteien kaum einen Hehl gemacht hätten (vgl. S. 33). Der Aufstieg der NSDAP – welche „1919 aus kleinen antisemitischen, völkischen und nationalistisch-chauvinistischen Gruppen (...) entstanden war“ und deren Unterstützung durch alle Klassen und Schichten reichte – habe dann, kulmi-

nierend in der Machtergreifung 1933, das Ende der Parteien bedeutet (vgl. S. 37 f.). Für die Entwicklung der Parteien seit der „Stunde Null“ in Deutschland nimmt der Autor eine periodische Unterteilung vor: Die „Formierungsphase“ 1945-1953 zeichne sich durch die Aufsicht der Alliierten, die Verabschiedung des Grundgesetzes, die erste Bundestagswahl 1949, die bundesweite Gründung der CDU 1950 und die „Sonderentwicklung“ in der SBZ/DDR aus; in der „Konzentrierungsphase“ 1953-1976 hätten CDU, CSU, SPD und FDP ihre Dominanz aufgebaut und sich ihre gegenseitige Koalitionsfähigkeit bewiesen; in der „Transformationsphase“ von 1976-1990 habe diese Dominanz dann –



sichtbar vor allem an der Gründung der „Grünen“ 1980 – kontinuierlich abgenommen; die „zentripetale“ Phase 1990-2000 sei schließlich durch die Integration der politischen Strukturen in den neuen Bundesländern und dem hinzugekommenen Faktor PDS geprägt gewesen (vgl. S. 41 ff.).

Der Autor widmet sich ausführlich der Ursachensuche für die schon länger bestehenden „Parteienprobleme“ (S. 188). Die anhaltende Debatte um die Parteiverdrossenheit sei nicht spurlos an den Organisationen selbst vorbei gegangen, wiewohl es auch die Meinung gegeben habe, „die massive Kritik sei ein reines Medienphänomen und die Journalisten würden Skandale und Missstände nur hochjubeln, um die Auflagen zu steigern“ (S. 195). Insgesamt hätten parteiintern aber die selbstkritischen Töne überwogen; in den Debatten befänden sich drei Reformvorschläge, die man auf die Formeln „alle Macht den Wählern“, „alle Macht den Mitgliedern“, „alle Macht den Profis“ zuspitzen könne (vgl. S. 196). Eine durchgreifende Parteienreform, so das Plädoyer von Alemanns, dürfe aber nicht auf „kleine Organisationskosmetik beschränkt bleiben“; nicht „die Partei allein, sondern die Parteiendemokratie müsste reformiert werden.“ (S. 198) Ein „Trend der Zukunft“ dürfte zudem die wachsende „Bedeutung von ‚Nicht-Parteien‘“ – wie Bürgerinitiativen und freie Wählergemeinschaften, die Medien sowie Verbände und Lobbyisten – sein (vgl. S. 203). Es sei gegenwärtig jedenfalls voreilig, so das Autorenresümee, den Parteiotypus der Zukunft zu prognostizieren; festzuhalten bleibe, dass sich die deutschen Parteien alle Dutzend Jahre recht drastisch geändert hätten – „Warum sollte dies in Zukunft anders sein?“ (S. 217).

Den Band beschließen ein Abkürzungs- und ein recht ausführliches Literaturverzeichnis. Begrüßenswerter Weise kann diese wirklich instruktive Publikation auch als Lizenzausgabe über die Bundeszentrale für politische Bildung bezogen werden. ■